

bungen. zurücknehmen. Deswegen war das abzulehnen.

Den Verkehr aus dem Ortskern herauszunehmen heißt vielfach, Lebensqualität in die Ortschaft hineinzubringen. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass wir hier und da noch ein paar Ortsumgehungen bauen müssen. – Vielen herzlichen Dank fürs Zuhören. Ich werbe um Zustimmung zu diesem Etat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Wüst. – Zum Einzelplan 09 liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Vereinbarungsgemäß stimmen wir zwischen 12:30 und 14:00 Uhr nicht über Einzelpläne ab. Diese Abstimmungen werden nach 14:00 Uhr nachgeholt. Ich schließe deshalb die Beratung zum Einzelplan 09.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11902 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksachen 17/11933 bis 17/11935 hinweisen. Wir haben vereinbart, in vier Abschnitten zu beraten, und starten mit

a) Staatskanzlei

Die Aussprache ist eröffnet. Für die SPD-Fraktion hat das Wort Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Einzelplan 02, der Einzelplan für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, weist einen deutlichen Ausgabenzuwachs in Höhe von 27,5 Millionen Euro auf. Der Hauptausschuss ist beim Einzelplan 02 neben dem Haushalt für die Staatskanzlei auch für den Bereich der Antisemitismusbeauftragten sowie für die Mittel für das bürgerschaftliche Engagement, die Kirchen, die Religionsgemeinschaften und die Weltanschauungsvereinigungen zuständig.

Allein der Aufwuchs beim Ministerpräsidenten beträgt 11,5 % bei einem Anteil am Einzelplan von 26,2 %. Begründet werden die Mehrausgaben mit der Geschäftsführung und Durchführung der MPK, aber auch mit steigenden Ausgaben für die Informationsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit.

Unser besonderes Augenmerk gilt zunächst dem erneuten Aufwuchs der Ausgaben für Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit um knapp 36 %.

Von besonderem Interesse sind die Ausgaben für das Kommunikationsmanagement. Hier gönnt sich die Staatskanzlei erneut einen Zuwachs von 13 %.

Die Debatte im Hauptausschuss hat gezeigt, dass der Aufwuchs mit der derzeitigen besonderen Lage begründet wird. Da stellt sich aber die Frage, welchen Anteil an der Öffentlichkeitsarbeit die Fachministerien, also das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, aber auch das Familienministerium, das Schulministerium oder das Wirtschaftsministerium, in Zeiten der Pandemie übernehmen, was auch in deren Einzelplänen wiederum etatisiert wird, und was aus dem Etat der Staatskanzlei tatsächlich auf die pandemische Lage zurückzuführen ist.

Es ist auffällig, dass der Ministerpräsident und damit die Staatskanzlei anscheinend von Jahr zu Jahr ein wachsendes Kommunikationsbedürfnis hat. Es wird wahrscheinlich umso größer, je näher die nächste Wahl rückt. Daher kann es nicht verwundern, dass wir angesichts der anstehenden beiden Wahlen in den kommenden Monaten mit Akribie die Verwendung der Mittel verfolgen werden.

Den auffälligsten Aufwuchs kann man aber im Bereich „Ehrenamt zivilgesellschaftliches Engagement“ in der Titelgruppe 67 feststellen,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Na, das ist doch toll!)

nämlich um ganze 250 %. Begründet wird dieser mit der Engagementstrategie, die allerdings bis zum heutigen Tag nicht vorliegt. Wir haben in den zurückliegenden Monaten mit großem Interesse den Einsatz von Frau Staatssekretärin Milz zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements begleitet. Allerdings kann es nicht sein, dass nun, ohne dass dem Parlament die lang angekündigte Strategie vorliegt, derart detailliert Haushaltsmittel für selbige veranschlagt werden. Hier wird der zweite vor dem ersten Schritt getan.

Abschließend noch kurz zur wertvollen Arbeit der Antisemitismusbeauftragten, eine Funktion, die durch Frau Leutheusser-Schnarrenberger zwar ehrenamtlich ausgeübt wird; gleichwohl sind sowohl ein zahlenmäßig ausreichendes Team zur Bewältigung der stetig wachsenden Aufgaben wie auch genügend Sachmittel zwingend erforderlich. Nicht zuletzt die jüngsten antisemitischen Vorfälle und Anschläge zeigen, dass die Schaffung der Stelle der Antisemitismusbeauftragten mehr als überfällig war.

Es ist aber notwendig, dass alle staatlichen Gewalten und Ebenen für antisemitische Anzeichen und Vorfälle sensibilisiert werden. Dazu bedarf es zum einen ausreichender Mittel, aber zum anderen auch der verpflichtenden Curricula in Aus- und Fortbildung. Und hier ist noch sehr viel zu tun.

Ich komme zum Schluss. Den Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses lehnen

wir wegen des einseitigen Aufwuchses, der intransparenten Ausgaben sowie der detaillierten Etatisierung der bis heute nicht dem Parlament vorliegenden Ehrenamtsstrategie und damit wegen der fehlenden Haushaltsklarheit und -wahrheit ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer
[GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Müller-Witt. – Es spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hagemeier.

Daniel Hagemeier (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Volumen des Einzelplans 02 verändert sich immer mit den entsprechenden Schwerpunktsetzungen eines Ministerpräsidenten. Hier sind sicherlich unter anderem die Bereiche Sport, Ehrenamt, Europa und internationale Angelegenheiten zu nennen.

Gleich zu Beginn meiner Rede weise ich darauf hin, dass mit dem Haushaltsplanentwurf 2021 keine neuen Planstellen oder Stellen für Dauerbeschäftigte im Einzelplan 02 angemeldet worden sind.

2021 wird ein besonderes Jahr für Nordrhein-Westfalen sein. Zum 1. Oktober übernimmt unser Bundesland den jährlich wechselnden Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz, was zuletzt 2005 der Fall war. Diese Position ist natürlich mit zusätzlichen Aufgaben verbunden. Als Beispiele möchte ich an dieser Stelle die Übernahme der Bundesländerkoordination sowie die Organisation und Durchführung, Vor- und Nachbereitung der Ministerpräsidentenkonferenzen und der Konferenzen der Chefs der Staatskanzleien nennen.

Dies spiegelt sich insofern im Einzelplan 02 wider, als insgesamt sechs befristete Stellen geschaffen werden. Diese Personalplanung stützt sich auf die Erfahrungen und die Personalausstattung der letzten Vorsitzländer der Ministerpräsidentenkonferenz. Diese sechs Stellen sind mit einem kw-Vermerk versehen, schlagen aber in diesem Einzelplan zu Buche.

Ebenso wird Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 seinen 75. Geburtstag feiern. Lassen Sie uns gemeinsam hoffen, dass die pandemische Lage bis dahin auch Feierlichkeiten zulässt. Auch diese Planung sorgt dafür, dass entsprechende Finanzmittel für begleitende Kommunikationsmaßnahmen bereitgestellt werden müssen.

Lassen Sie mich noch eines erwähnen, wo wir gerade bei der Öffentlichkeitsarbeit sind. Der Internetauftritt Land NRW benötigt zwingend notwendig einen kompletten Relaunch, weil er auf einem mittlerweile veralteten Landesmaster basiert, der auch nicht mehr weiterentwickelt werden kann. Die

Information über digitale und soziale Medien nimmt in der kommunikativen Vermittlung immer weiter an Bedeutung zu. Frau Müller-Witt, Sie hatten ja darauf hingewiesen.

Das gilt in besonderem Maße für die Online-Kommunikation der Landesregierung, die aktuellen Entwicklungen kontinuierlich gerecht werden muss. Das führt logischerweise dazu, dass sich der Ansatz für Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit erhöht. Das ist aus der Sicht der NRW-Koalition kein Ansatz für Kritik der Opposition. Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist es wichtig, durch Öffentlichkeitsarbeit die Interessen des gesamten Landes wirksam zu vertreten.

Insgesamt erhöht sich das Volumen des Einzelplans 02 gegenüber dem Vorjahr um 27,56 Millionen Euro bzw. rund 8,4 % auf nunmehr 356,9 Millionen Euro. Davon entfallen rund 17 Millionen Euro auf den Sportbereich, der heute separat debattiert wird. Die restlichen großen Ausgabensteigerungen betreffen die Bereiche Ehrenamt mit einem Plus von 4 Millionen Euro, Europa mit 1 Million Euro sowie internationale Angelegenheiten mit 2,5 Millionen Euro.

Zu guter Letzt möchte ich auf die Engagementstrategie des Landes eingehen. Die Haushaltsmittel für das bürgerschaftliche Engagement sollen in den nächsten vier Jahren um 24 Millionen Euro erhöht werden, davon 4 Millionen Euro in 2021.

Mit diesem Titel sollen insbesondere Maßnahmen umgesetzt werden, die sich aus der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen ergeben, die unter erschwerten Coronabedingungen mit Akteuren aus allen gesellschaftlich aktiven Gruppen des Landes erarbeitet wird. In einem ersten Schritt sollen auf Landesebene Unterstützungsstrukturen aufgebaut werden. Darüber hinaus steht insbesondere die Förderung von Digitalisierungsvorhaben und Fortbildungsangeboten im Fokus.

Wenn Staatssekretärin Andrea Milz Anfang des kommenden Jahres die Strategie vorstellen wird, die im Rahmen eines guten partizipativen Prozesses erarbeitet worden ist, wird diese Arbeit beginnen, Früchte zu tragen. Alle Landesministerien sind eingebunden worden, und jetzt geht die entsprechende Kabinettsvorlage in die offizielle Ressortabstimmung, um im Januar im Kabinett entschieden zu werden.

Die Ehrenamtlichen wünschen sich überwiegend mehr Service bei der Suche nach Fördertöpfen sowie in Rechts-, Steuer- und Haftungsfragen. Dazu soll ein Landesnetzwerk gegründet werden. 4 Millionen Euro finden sich dafür im Einzelplan 02. Ohne dieses Geld wird es den Startschuss nicht geben, auf den die Ehrenamtler in Nordrhein-Westfalen warten.

Für die CDU-Landtagsfraktion sind nach der Beratung des Einzelplans 02 im zuständigen Hauptausschuss keine Fragen offengeblieben. Wir werden

natürlich dem Einzelplan 02 – hier: Staatskanzlei – und dem Haushaltsplanentwurf insgesamt zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hagemeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin noch neu im Hauptausschuss, aber an die Debatten vor dem Regierungswechsel kann ich mich trotzdem noch gut erinnern, und auch an den Popanz, den die damalige schwarz-gelbe Opposition angesichts des Etats der Ministerpräsidentin und insbesondere der „TatKraft“-Tage“ aufgeführt hat. Jetzt gucken wir doch einmal auf den Etat des heutigen Ministerpräsidenten Laschet.

Der originäre Haushalt des Ministerpräsidenten wächst von Jahr zu Jahr deutlich an. Von 70 Millionen im Jahr 2018 ist er inzwischen auf 93 Millionen für das Jahr 2021 angewachsen. Das sind knapp 23 Millionen mehr. Ich finde, das ist schon ein kräftiger Zuwachs für einen vergleichbar kleinen Etat.

Interessant ist immer der Blick auf die Personalstellen. Dazu habe ich in alten Zeitungen geblättert. Ich musste gar nicht so weit zurückblättern. Es reichte schon ein Blick ins Jahr 2017. Am 3. Juni 2017 sagte Armin Laschet: Rot-Grün hat die Ministerialbürokratie sehr stark aufgebläht. Wir werden das nicht machen. NRW wird am Ende der Legislaturperiode nicht mehr Beamte und Angestellte in der Verwaltung beschäftigen als heute.

Ich würde sagen, dieses Versprechen hat er nicht gehalten. Nur zur Erinnerung: Von 2012 bis 2017 ist das Personal der Staatskanzlei um vier Stellen gewachsen. Sie schaffen es, über vier Jahre hinweg über 80 zusätzliche Stellen einzurichten. Auch für das Jahr 2021 sind neue Stellen vorgesehen – ich gestehe zu, für den MPK-Vorsitz. Wir wissen, in welcher Intensität die MPK derzeit tagt. Mir ist auch klar, dass die Tagungen vorbereitet und nachbereitet werden müssen. Das ist überhaupt gar keine Frage. Aber die Staatskanzlei ist in den letzten Jahren mit über 80 neuen Stellen entsprechend gewachsen. Deshalb ist es mir absolut schleierhaft, warum die Begleitung der MPK nicht mit dem vorhandenen Personal gewährleistet werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann möchte ich auch noch einen besonderen Blick auf die 4 Millionen Euro für die Engagementstrategie der Landesregierung werfen. Das Konzept liegt noch nicht vor. Das Kabinett hat noch nicht entschieden, aber die Landesregierung will schon jetzt 4 Millionen

in den Haushalt einstellen. Für die nächsten Jahre sind es insgesamt sogar 24 Millionen Euro. Ja, wir können nicht oft genug betonen, welchen Wert ehrenamtliches Engagement für unsere Gesellschaft hat. Unsere Gesellschaft lebt vom Ehrenamt in den Feuerwehren, im Sport, in der Jugendverbandsarbeit, in den Religionsgemeinschaften. Frau Milz, deshalb ist es absolut richtig, dass Sie diese Engagementstrategie ausarbeiten. Dass Sie das Ehrenamt stärken wollen, finde ich richtig. Darin unterstützen wir Sie gerne.

Bevor das Parlament aber einfach so einmal 4 Millionen genehmigen soll, wäre es schon schön gewesen, wenn man das konkrete Konzept und auch den Kabinettsbeschluss gekannt hätte.

(Beifall von den GRÜNEN und Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD])

Herr Hagemeier hat in der letzten Ausschusssitzung gesagt – wie gesagt, ich bin neu im Hauptausschuss –, der Ausschuss würde immer so gut informiert. Deshalb habe ich gestern Abend die ganzen letzten Ausschusssitzungen durchgeguckt, wann dieses Thema auf der Tagesordnung war, welche Vorlagen es dazu gab und wann darüber diskutiert wurde. Ich habe in den Protokollen nachgelesen. Ja, es stimmt: Es wurde informiert über das Verfahren und darüber, mit wem welche Gespräche geführt wurden. Das ersetzt aber doch kein Konzept. Das ersetzt doch nicht den Kabinettsbeschluss. Das beantwortet doch nicht die Frage, was konkret mit dem Geld gemacht werden sollen. Wie gesagt, wir unterstützen die Stärkung des Ehrenamts, aber 4 Millionen Euro sind keine Peanuts. Ich finde, es ist nicht zu viel verlangt, wenn das Parlament vorher wissen möchte, was konkret in diesem Konzept stehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die letzte Minute würde ich gerne noch nutzen, um auf einen Punkt hinzuweisen – das ist dann vielleicht etwas versöhnlicher –, nämlich das Thema „Antisemitismusbeauftragte“. Ich bin sehr froh, dass wir die Antisemitismusbeauftragte in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben. Ich finde, dass der schreckliche Anschlag in Halle vom letzten Jahr sehr deutlich gemacht hat, welche Gefahr nach wie vor vom Antisemitismus ausgeht.

Wenn wir heute auf die Demos der Coronaleugner und ihre Verschwörungsmymen schauen, wird sehr deutlich, wie häufig dabei auch antisemitische Stereotype eine Rolle spielen. Diese Verschwörungsmymen sind häufig von antisemitischen Bildern geprägt.

Deshalb wir noch einmal klar und deutlich, dass wir gegen den Antisemitismus auch Konzepte brauchen und dass wir das Thema „Antisemitismus“ in unserer Gesellschaft bearbeiten müssen. Darin haben Sie unsere Unterstützung.

Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten auch darüber diskutieren, wie es mit dem Bericht der Antisemitismusbeauftragten weitergeht und was die Landesregierung dazu konkret plant. Daran bin ich sehr interessiert. Aber diesem Einzelplan können wir Grüne nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan des Ministerpräsidenten ist ein besonderer Einzelplan. Immer wieder ist es bedauerlich, dass man mit fünf Minuten Redezeit nur einige wenige Bemerkungen dazu machen kann.

Das erste Stichwort ist das Serviceangebot IT-Relaunch. Wir beraten diesen Landeshaushalt in einer wirklich besonderen Situation, die ich mir jedenfalls früher nie habe so vorstellen können. Wir alle haben bemerkt, dass in den vergangenen Monaten für die Bevölkerung ein Informationsbedürfnis und auch ein Informationserfordernis gewachsen ist.

Viele persönliche Gespräche und Informationsveranstaltungen konnten pandemiebedingt nicht durchgeführt werden. Digitale Informations- und Serviceangebote wurden enorm nachgefragt.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass das Serviceangebot durch eine Neuauflage des IT-Angebots ausgebaut werden soll. Der Relaunch des NRW-Internetauftritts ist ein wichtiger Baustein, um auch den Kontakt und den Dialog mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu gewährleisten und den Informationstransport und zu vereinfachen.

An der Stelle kann ich die Kritik der SPD und der Grünen, die von Argwohn geprägt ist, nicht nachvollziehen, denn Sie verkennen einfach völlig die Anforderungen dieser Zeit.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Stellen, die im Zusammenhang mit dem Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz angesprochen worden sind. Da gilt genau das Gleiche. Befristete zusätzliche Stellen für die Zeit des Vorsitzes in der Ministerpräsidentenkonferenz halte ich für gut begründet. Ich gebe zu, als überzeugte Parlamentarierin begleite ich diese trauten Runden der Ministerpräsidenten mit der Frau Bundeskanzlerin durchaus kritisch. Aber Fakt ist doch, dass in den letzten Monaten die Ministerpräsidentenkonferenzen in einer ganz anderen Taktung getagt haben und dass sie sehr komplexe Themen auf der Agenda hatten, die wesentlich intensiver vorbereitet, abgestimmt und nachbereitet werden mussten, sodass eine ganz andere inhaltliche Zuarbeit

erforderlich ist. Da ich auch möchte, dass das Gewicht unseres Bundeslandes in der Ministerpräsidentenkonferenz gut vertreten ist, halte ich diese Stellen für vertretbar.

Mein dritter Stichpunkt ist das Ehrenamt. Es ist gut und richtig, dass die Ehrenamtsstrategie, über deren partizipative Entwicklung Frau Staatssekretärin Milz uns im Hauptausschuss berichtet hat, zeitnah in die Umsetzungsphase gehen kann. 4 Millionen Euro zusätzlich für das bürgerschaftliche Engagement sind gut investiertes Geld und auch ein Zeichen der Wertschätzung – übrigens gerade in Zeiten der Pandemie, weil wir in den letzten Monaten erlebt haben, dass das Ehrenamt diese Zeit beispielgebend geprägt hat. Deswegen einen ganz herzlichen Dank an die vielen ehrenamtlich Engagierten in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Natürlich hoffe ich, dass wir im kommenden Jahr die Pandemie überwinden werden. Die Herausforderungen für das Ehrenamt werden aber mit Sicherheit nicht kleiner. Deswegen ist es auch richtig, dass wir dann zeitnah an den Start gehen können. Frau Staatssekretärin Milz hat doch fortlaufend im Hauptausschuss, auch im Rahmen der Haushaltsberatungen, Informationen gegeben und alle Fragen von SPD und Grünen beantwortet. Deswegen ist es doch völlig klar, dass wir für die Ehrenamtsstrategie, an der wir erkennbar beteiligt werden und die wir mitberaten können, auch finanziell den Startschuss geben können müssen.

Der vierte Punkt sind politische Kultur und politische Bildung. Das ist vielleicht ein Bereich, der ein bisschen über den Einzelplan 02 hinausgeht. Als Aufhänger will ich die Antisemitismusbeauftragte, die im Einzelplan 02 beheimatet ist, nehmen. Wir haben diese Stelle vor zwei Jahren fraktionsübergreifend initiiert. Sie macht mit ihrem Team eine hervorragende Arbeit, und ich möchte mich bei Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und ihrer Mannschaft herzlich dafür bedanken, dass Sie diese wichtige, herausragende, aber bedauerlicherweise aus meiner persönlichen Sichtweise notwendige Arbeit leistet.

Beim Werben für die Werte unseres Grundgesetzes, für unsere demokratische Verfasstheit leistet auch die Landeszentrale für politische Bildung eine ganz außerordentliche Arbeit. Gerade die letzten Monate haben doch verdeutlicht, wie wichtig politische Bildung und politische Kultur in unserem Land sind, wo Antisemiten, Rassisten, Extremisten zum Beispiel Demonstrationen, auf denen zu Recht die Maßnahmen zur Coronabekämpfung hinterfragt werden, einfach kapern und missbrauchen. Die verstörenden und schockierenden Vorfälle um den Reichstag, aber auch in den letzten Tagen im Reichstag machen doch deutlich, wie wichtig es ist, dass wir hier

politische Bildung und Demokratieerziehung stärken müssen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Angela Freimuth (FDP): ... wie wichtig – das ist meine letzte Bemerkung – Präventionsarbeit gegen Extremismus, Antisemitismus und Rassismus in diesem Land ist.

Insofern finden wir, dass sowohl für die Landeszentrale für politische Bildung als auch im Einzelplan 02, Bereich Staatskanzlei, die richtigen Ansätze vorhanden sind, und werden dem Einzelplan deswegen auch zustimmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation. – Diese allgemeingültige Unterscheidung lässt sich auch auf den Haushaltsentwurf der Staatskanzlei – um den geht es ja hier – von Armin Laschet anwenden.

Wäre er Staatsmann,

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Sind Sie das?)

also kanzlertauglich, was er ja von sich selbst behauptet, so hätte er sparsam und bescheiden regiert, wäre er nur Parteipolitiker, hätte er seinen Etat aufgebläht, um damit auf Steuerzahlerkosten seine Wiederwahl abzusichern. Nun ist die Frage, was Armin Laschet als Chef der Staatskanzlei mit Blick auf diese Unterscheidung getan hat.

Wir haben nachgefragt, und das ist die Antwort der Landesregierung: 2017, als Armin Laschet in die Staatskanzlei zog, zog er auch gleich für ein paar Millionen Euro um. Die Büros der Vorgängerin waren nichts für ihn. Dann fing er an, Personal einzustellen – wir haben es eben auch schon gehört –, nämlich zusätzliches Personal, das jeder, der morgens aufsteht und seine Steuern entrichtet, bezahlt. Von 2017 bis heute sind es 79 neue Stellen, die uns bisher knapp 20 Millionen Euro gekostet haben.

Da kann nun jeder selbst beurteilen, ob wir es hier nach den allgemeingültigen Regeln mit einem kanzlertauglichen Staatsmann oder nur mit einem Parteipolitiker zu tun haben. Genau das tun die Menschen ja auch.

Sehen wir uns an, was all das unstaatsmännisch, das parteipolitisch eingesetzte Geld der Steuerzahler

gebracht hat. Sind die Leute morgens aufgestanden, und Armin Laschet hat deren Geld auch wirksam für seine Beliebtheit ausgegeben? – Auch darüber haben wir Aufschluss. Die Menschen wollen in jeder einzelnen Umfrage mit weitem Abstand Friedrich Merz als CDU-Vorsitzenden, und sie wollen Markus Söder als Kanzlerkandidaten der Union – Gott bewahre. Und Armin Laschet? – Der steht ganz hinten in der Wählergunst. Selbst seine eigene Partei sieht das so. Bei der Jungen Union wurde abgestimmt: Merz auf Platz 1, dann Röttgen und dann ganz hinten Armin Laschet.

Die 79 Stellen auf Kosten der Steuerzahler, die ganzen 20 Millionen Euro haben nichts gebracht. Das ohnehin unstaatsmännisch ausgegebene Steuergeld des Volkes wurde auch noch ineffizient verpulvert.

Es ist ja auch klar, dass die beste PR nichts nützt, wenn die Politik nicht stimmt. Der Schlingerkurs bei Corona, wo es noch um Vertrauen, um Maß und Mitte, um souveräne Führung geht – gründlich vergeigt. Die Rolle als Landesvater, der die Grenzen so schützt wie der Familienvater die Haustür, auch die füllt er nicht aus. Wirft er als Landesvater wie der Familienvater die aus der Wohnung, die sich nicht benehmen können? – Nein, auch beim Abschieben läuft es nicht. Gerade einmal 6 von 375 terroristischen Gefährdern und relevanten Personen schob man in diesem Jahr ab. Das ist sicherlich nicht so schlimm, wenn man mit Sicherheitspersonal im gepanzerten Wagen durch die Gegend fährt.

Wo wir schon einmal dabei sind: Wie und womit fährt Armin Laschet eigentlich durch die Gegend? – Er selbst will dem Volk ja Elektroautos verordnen. Er hat sich ja mit Presse- und Fototermin einen kleinen schnuckligen Elektrowagen vor die Haustür gestellt. Doch wie sieht sein Fuhrpark aus? – 81 Autos stehen der Staatskanzlei zur Verfügung, darunter Mercedes S-Klasse, 7er-BMWs, Audis A8.

Nun bin ich der Letzte, der da Sozialneid entwickeln würde. Interessanter ist das Ergebnis daher ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Darüber können wir noch mal reden!)

– Ich bezahle meine Autos selbst.

Interessanter wird das Ergebnis, wenn man nach der Antriebstechnik dieser Autos fragt, der Autos eines selbsternannten Kanzlerkandidaten, der uns, den Bürgern, Elektroautos aufs Auge drücken will. Von den 81 Autos sind ganze vier Plug-in-Hybride. Kein einziges Auto fährt mit Elektroantrieb. Das nennt man: Wasser predigen und Wein trinken.

Im Grunde meines Herzens bin ich ein sehr liberaler Mensch. Jeder soll S-Klasse auch mit Verbrennungsmotor fahren und auch Wein trinken dürfen. Er sollte dann aber anderen nichts anderes vorschreiben wollen.

Das – Sie mögen mich da altmodisch nennen – ist nicht kanzlertauglich.

Wir mögen damit momentan im politisch-medialen Komplex noch in der Minderheit sein, aber es ist tröstlich und lässt mich optimistisch schließen, dass wir spätestens seit Jean Paul wissen:

„Minderheiten sind die Mehrheiten der nächsten Generation.“

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Jetzt spricht der Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Frau Präsidentin!)

Ich will Ihnen den Einzelplan 02 gerne vorstellen. Der Ministerpräsident fährt auch nicht mit 81 Autos gleichzeitig durch das Land, sondern hat zwei, und manchmal ist das kleine Elektroauto mehr Wein als die großen Autos, weil es sogar Spaß machen kann, ein Elektrofahrzeug zu fahren. Dies als Entgegnung auf die Äußerungen von Herrn Wagner, der so tut, als sei man gequält, wenn man ein Elektrofahrzeug führe.

(Beifall von der CDU)

Erstens. Der Entwurf des Einzelplan 02 ist von der Grundannahme geprägt, dass wir im nächsten Jahr die Pandemie möglichst überwunden haben.

(Thomas Röckemann [AfD]: Das ist aber neu!)

In diesem Jahr wird es viele Haushaltsrestmittel geben, weil viele Veranstaltungen des Landes nicht stattfinden konnten. Aber eines ist jetzt schon absehbar, und das ist hier in den Reden erwähnt worden: Nordrhein-Westfalen übernimmt den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz. Auch die Rednerinnen und Redner haben hier schon dargestellt, welche enormen Aufgaben das sind. Allein am gestrigen Tag musste das Land Berlin, das auch den Stab erhöht hat, in dieser Nacht zig Texte redigieren, neu schreiben, koordinieren. Man braucht sehr viel mehr Personal für diese Aufgaben, und darauf muss man vorbereitet sein. Nordrhein-Westfalen will das Jahr 2021 gut gestalten.

Zweitens: das Landesjubiläum – auch das gibt es nicht allzu oft – 75 Jahre Nordrhein-Westfalen. Es gilt, die Identifikation der Bürger mit diesem, am Anfang häufig „Bindestrichland“ genannten Staat Nordrhein-Westfalen so auszugestalten, dass sich die Geschichte widerspiegelt.

Das Dritte ist das Ehrenamt. Das ist das, was wir in diesen Wochen erleben. Es engagieren sich so viele Leute ehrenamtlich, jetzt übrigens auch schon wieder bei den Impfzentren. Es sind pensionierte Ärzte, Leute, die mithelfen wollen, damit das funktioniert. Dieses große Potenzial, diesen Schwung, den wir gerade haben, zu nutzen, soll das Ziel der Ehrenamtsstrategie sein,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

die natürlich dem Landtag, dem Hauptausschuss noch vorgestellt wird. Aber Haushaltsberatungen sind so, dass man die Gelder jetzt reservieren muss,

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

damit man es später durchführen kann, und diese Ehrenamtler sollen gestärkt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Glücklicherweise hat hier niemand den Bereich der Antisemitismusbeauftragten infrage gestellt. Auch der ist in diesen Wochen zu stärken.

Das andere ist die Bürgerkommunikation. Sie müssten sich einmal berichten lassen – ich weiß nicht, ob das im Hauptausschuss schon einmal geschehen ist –, wie viele Hunderttausende Anfragen in diesen Wochen – ich wette, nach dem gestrigen Beschluss heute wieder – bei den Hotlines, bei den Informationsangeboten eingehen. In den sozialen Medien ist die Plattform „land.nrw“ heute eine der erfolgreichsten Plattformen im ganzen Land Nordrhein-Westfalen. Die gab es vor zwei Jahren noch gar nicht. Das zeigt, welch großes Interesse da ist. Deshalb bedarf es jetzt einer Überarbeitung.

Zur Beruhigung – ich will noch auf einige kritische Fragen eingehen –: Alle Stellen, die jetzt geschaffen werden, insbesondere für die Ministerpräsidentenkonferenz, sind befristet. Sie fallen am Ende dieser Aufgabe automatisch weg. Die Mitarbeiter, die da mitwirken, tun das also im Rahmen von befristeten Arbeitsverhältnissen.

Zur Ehrenamtsinitiative habe ich einiges gesagt. Die große Aufgabe wird jetzt sein, die, die etwas tun wollen, mit denen zu verknüpfen, die Hilfe brauchen und Ehrenamtliche suchen. Es ist nämlich oft so, dass einer sagt: Ich will etwas tun. Aber wie kann ich das denn machen? – Ein anderer sagt: Ich suche Hilfe, aber ich habe niemanden. – Dies zu verknüpfen, ist Teil unserer Strategie. Aber auch anderes wird hier folgen.

Das sind die wesentlichen Dinge.

Im letzten Jahr haben wir das hier intensiv diskutiert. Die Steigerung betreffend den Kernbereich des Ministerpräsidenten beträgt 0,6 %. Steigerungen gibt es in den Bereichen Internationales, Ehrenamt und Sport, die früher anderen Ministerien zugeordnet waren. Da wirkte das dann nicht so groß. Da der Sport

aufgewertet ist, das Ehrenamt aufgewertet ist, dient der Umstand, dass das heute in der Staatskanzlei verortet ist, nicht irgendeiner verschwörungstheoretisch erfundenen Imagepflege, Herr Wagner, sondern es dient den Menschen im Lande,

(Beifall von der CDU und der FDP)

den sportlich Aktiven, den ehrenamtlich Tätigen, und um die geht es uns bei diesem Einzelplan.

Ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Teil a) – Staatskanzlei – des Einzelplans 02.

Ich eröffne die Aussprache zu Einzelplan 02, Teil

b) Medien

Herr Kollege Vogt hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Signal großer Kontinuität wolle die Landesregierung mit dem Medienhaushalt aussenden. Das waren die Worte, die Herr Liminski für den wieder einmal abwesenden Medienminister Laschet im Kultur- und Medienausschuss sagte. Ich würde es eher „Signal des Stillstands“ nennen. Es gibt viel Geld für Stillstand in vielen Bereichen. Es ist wie ein Zug, der auf dem Abstellgleis geparkt wird, weil niemand bereit ist, den Lokführerposten zu übernehmen. Ministerpräsident Laschet schmückt sich zwar liebend gern zusätzlich mit dem Titel „Medienminister“, Verantwortung übernehmen will er allerdings nicht. Schöne Worthülsen wie „Radiostrategie“ oder „Solidarpakt“ sollen darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung inhaltlich oft gar nichts zu bieten hat.

Gehen wir die großen Probleme im Medienland Nordrhein-Westfalen einmal durch.

Wegbrechende Zeitungsmärkte, Lokalredaktionen unter Druck. Für die Stärkung der Medienvielfalt in NRW tut diese Landesregierung nichts. Wo sind Ihre Initiativen, damit lokaler Journalismus in unseren Städten und Kreisen aufrechterhalten werden kann? Was tun Sie, damit weiterhin Politik und Wirtschaft vor Ort durch Medien kritisch hinterfragt werden, Kommunalpolitik kommunizieren kann und über den lokalen Fußballclub oder das Gemeindefest berichtet wird? Wirkungsvolle Initiativen – Fehlanzeige! Stattdessen haben Sie beispielsweise die von uns initiierte Stiftung zur Stärkung von Lokaljournalismus abgeschafft. Für die Weiterentwicklung des Lokalfunks tut die Landesregierung wieder nichts. Stattdessen

rühmt sie sich mit einem sogenannten Solidarpakt Lokalfunk, der finanziell nicht mehr als Peanuts für die Sender bedeutet und der eine Beschäftigungsgarantie beinhaltet, die längst ausgelaufen ist.

Für die stärkere Sichtbarkeit des Medienlandes Nordrhein-Westfalen tut die Landesregierung wieder sehr wenig. Große Veranstaltungen wie das Medienforum wurden einfach abgeschafft, und die wiederholt angekündigte Perlenkette an neuen Veranstaltungsformaten bleibt nicht mehr als eine Ankündigung. Stattdessen wird das etablierte und gute Global Media Forum ohne NRW-Bezug mit sechsstelligen Beträgen gefördert, damit Armin Laschet eine kurze Rede halten darf. Es ist gut, dass die Deutsche Welle das Global Media Forum veranstaltet. Aber für diese Beträge aus dem Landeshaushalt müsste viel mehr passieren. Dem Anspruch, Medienpolitik zu gestalten, wird die Landesregierung jedenfalls nicht gerecht.

Das Schlimme daran ist, Herr Laschet, dass wir gerade jetzt einen verantwortungsbewussten Lokführer bräuchten, der anstatt Stillstand sinnvolle Maßnahmen auf die Schiene bringt, gerade jetzt, da Journalistinnen und Journalisten immer mehr Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind, gerade jetzt, da vielerorts Lokalzeitungen wegbrechen und in vielen Städten nur noch eine einzige Lokalzeitung besteht, gerade jetzt, da viele Lokalredaktionen der Radiosender unter enormem Druck stehen, und gerade jetzt, da Verschwörungstheorien im Netz immer weiter die Glaubwürdigkeit etablierter Medien infrage stellen.

Dazu haben wir eine ganze Reihe von konstruktiven Vorschlägen. Wir fordern Sie auf, Medienschaffende besser zu schützen. Wo sind da Ihre Initiativen? Wann äußern Sie sich dazu, dass Medienschaffende, Journalistinnen und Journalisten auch in diesem Land bedroht werden? Wir fordern die Landesregierung auf, für eine angemessene Bezahlung von Journalistinnen und Journalisten einzutreten, damit die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Wir fordern Sie auf, den Lokaljournalismus zu stärken und abzusichern. Wir fordern, dass der Solidarpakt für den Lokalfunk fortgesetzt wird, um die Lokalradiosender vor der Insolvenz zu bewahren. Wir fordern Sie auf, endlich tätig zu werden.

Herr Laschet, viele Vorschläge liegen auf dem Tisch. Verlassen Sie endlich das Abstellgleis und werden Sie in diesem Medienland Nordrhein-Westfalen tätig.

Wissen Sie, wenn Sie viel Geld in den Haushalt pumpen, dann muss dabei auch etwas herauskommen und sollte nicht nur Ihrer Selbstinszenierung dienen. Wenn Sie etwas tun würden, dann würde ich auch darüber hinwegsehen, dass Sie mittlerweile über 50 Mal – über 50-Mal! – in dieser Legislaturperiode dem Kultur- und Medienausschuss ferngeblieben sind.

Aber von Ihnen kommt darüber hinaus auch keine Initiative.

Deswegen: Werden Sie endlich tätig im Sinne der Journalistinnen und Journalisten und der Medienschaffenden in diesem Land. – Vielen Dank.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Wo ist denn der Beifall? – Josef Hovenjürgen [CDU]: Protokollvermerk: Kein Beifall! Nachvollziehbar übrigens!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Stullich.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Werter Kollege Vogt, ich finde es schon ziemlich bedenklich, dass Sie zur Medienpolitik nichts Besseres zu bieten haben, als Strichlisten über Anwesenheiten zu führen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wissen beide, dass dieser Ministerpräsident in seiner Amtszeit deutlich mehr für die Medien bewegt hat als seine Vorgängerin in doppelt so langer Zeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vergleichsweise klein, aber in der Wirkung groß ist der Haushalt im Bereich „Medien“. Ein Schwerpunkt ist dabei die Film- und Medienstiftung NRW. Sie wird als zentrale Förderagentur für Kinofilme, Fernsehproduktionen und Game-Projekte weiter ausgebaut. Dafür hat die Landesregierung die Fördermittel seit 2017 um fast 80 % gesteigert.

Inzwischen zählt die Filmstiftung NRW zu den finanzstärksten Förderhäusern in Deutschland und in Europa. Für 2021 stellt der Haushalt der Filmstiftung 17 Millionen Euro bereit, also noch einmal 1 Million Euro mehr als in diesem Jahr. So bauen wir den Film- und Fernsehstandort NRW zu einem der größten und attraktivsten Produktionsorte in Europa aus.

Gleichzeitig entwickeln wir Nordrhein-Westfalen weiter zum Games-Standort Nummer eins; denn die Spieleentwickler sorgen für Arbeitsplätze und treiben Innovationen in anderen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung voran, eine Branche, in der Nordrhein-Westfalen seit 2017 deutlich aufholt.

Wir freuen uns deshalb sehr über die Ankündigung der Landesregierung, dass das Games-Kompetenzzentrum voraussichtlich schon im kommenden Jahr an den Start gehen kann und dass dafür 750.000 Euro bereitgestellt werden.

Positiv bewerten wir auch, dass die Landesregierung zum Thema „Förderung von Medienkompetenz“ den neuen Preis #LernraumNRW ausloben wird. Damit

sollen drei herausragende Projekte mit je 5.000 Euro ausgezeichnet werden, die Medienkompetenz fördern, und zwar jenseits der Schule. Das ist eine gute Ergänzung zum #DigitalCheckNRW. Auf dieser Online-Plattform kann ja jeder passgenau das eigene Wissen rund um digitale Medien testen und wird direkt zu passenden Fortbildungsangeboten weitergeleitet. Mit diesem Projekt für individuelle Medienkompetenz, das natürlich auch 2021 laufend erweitert wird, ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter in ganz Deutschland.

Der Medienhaushalt steigt auf mehr als 35 Millionen Euro. Das ist nicht nur eine Steigerung um mehr als 60 % gegenüber 2017; das ist vor allem der Beleg dafür – Herr Vogt, hören Sie sehr gut zu! –, dass wir die Medienpolitik seitdem deutlich aufgewertet haben.

Im Hinblick auf die Folgen der Pandemie setzen der Medienhaushalt und die Hilfsprogramme der Landesregierung für die Medienbranche wichtige Signale für Verlässlichkeit und Solidarität – genau so, Herr Vogt, wie es Staatssekretär Liminski im Ausschuss gesagt hat.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU])

Dafür möchte ich drei Beispiele nennen. Die Fernsehproduktionsbranche ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in Nordrhein-Westfalen. Die Coronapandemie hat dazu geführt, dass viele Dreharbeiten verschoben oder abgesagt werden mussten. Deshalb stellt das Land bis zu 21 Millionen Euro für zwei Ausfallfonds zur Absicherung von Film- und Fernsehproduktionen bereit. So können Tausende Arbeitsplätze in der Film- und Fernsehbranche gesichert werden.

„Film ab NRW“ heißt das Hilfsprogramm, mit dem das Land die Kinos entlastet. 15 Millionen Euro sind eine enorm wichtige Unterstützung für die großen, aber auch für die vielen kleinen Kinos in unserem Land. Ziel ist es, dass die Kinos liquide bleiben und drohende Insolvenzen abwenden können.

Noch ein Wort zu den Hilfen für die NRW-Lokalsender. Aus unserer Sicht war der „Solidarpakt Lokalfunk NRW“, den die Staatskanzlei und die Landesmedienanstalt im Mai auf den Weg gebracht hatten, nicht nur ein solidarisches, sondern vor allen Dingen auch ein wirksames Modell. Es hat das Lokalfunksystem in der Krise stabilisiert. Die Landesregierung hat unsere volle Unterstützung dafür, an diesem Modell weiterzuarbeiten.

Das Bundesprogramm NEUSTARKT KULTUR knüpft hier nahtlos an und übernimmt jetzt zur Hälfte die Verbreitungskosten der Radiosender bis Ende des Jahres.

Wichtig ist mir auch: Wir stärken die 44 Lokalsender eben auch über die Coronakrise hinaus. Dafür haben wir zum Beispiel im Landesmediengesetz die Vo-

raussetzungen für die Vergabe neuer, digitaler und zusätzlicher analoger Frequenzen geschärft.

Die Corona-Hilfsprogramme für die Medienbranche in NRW und der Medienhaushalt sind verlässlich, solidarisch und mit Blick auf die Sicherung der Medienvielfalt gestaltet. Wir investieren mit guten Ideen in Zukunftsprojekte. Wir sichern Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, und wir schärfen das Profil Nordrhein-Westfalens als Medien-Digital-Land. Und weil das so ist, empfehle ich Ihnen den Haushalt herzlich zur Zustimmung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Stullich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen war über die Jahre, in denen ich sie begleiten durfte, politisch nie ein großes Streit- und Kampffeld. Es war immer eher ein Feld, auf dem man relativ viele Dinge gemeinsam betrachtet hat. Das verändert sich natürlich immer nach der Perspektive: Wenn man regiert, guckt man anders auf die Dinge, als wenn man opponiert. Das ist logisch.

Aber vom Prinzip her sind große, wichtige Entscheidungen mindestens nicht so umstritten gewesen, dass man heute zurückguckt und sagt: Um Gottes willen! Warum haben wir denn die Filmstiftung gegründet? – Oder: Wieso gibt es jetzt die ifs? – Oder: Wie funktioniert die Arbeit der Landesmedienanstalt? Was macht das Grimme-Institut? – Wir haben diese Fragen sinnvollerweise nie grundsätzlich gestellt, weil wir alle erkannt haben, dass dies wichtige Einrichtungen sind, die in unserem Land zum Medienstandort Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Ich habe mir daraufhin den Haushalt und auch Ihre im Ausschuss getätigten Einlassungen, Herr Staatssekretär, noch einmal angeguckt mit Blick auf die Frage, ob ich als Oppositionspolitiker diese Entwicklung so furchtbar finde, dass ich es hier unbedingt ansprechen muss, oder ob insgesamt eine Kontinuität zu erkennen ist. Letzteres ist gerade in der Medienpolitik – das gilt übrigens auch ein bisschen für die Kulturpolitik – für ein Land, für die Entwicklung eines Landes sehr wichtig.

Im Hinblick auf die Etatansätze im Medienbereich ist es aus meiner Sicht, aus fachpolitischer Sicht zunächst einmal erfreulich, dass es für die einzelnen Initiativen mehr Stärkungsmittel gibt. Das heißt, wir haben eine stärkere Filmstiftung als die, die wir vor anderthalb oder zwei Jahren hatten. Wir haben ein stabil und weiter gestärkt aufgestelltes Grimme-

Institut. Wir haben eine ifs, die vernünftig ihre Arbeit tun kann.

Ich sehe, dass die Initiativen der Landesmedienanstalt auch mit Blick auf das wichtige Thema „Medienkompetenz“ nach wie vor vernünftig abgesichert sind, zweifle aber ein bisschen, ob wir uns nicht beim Lokalfunk noch stärker engagieren könnten, als wir es bisher tun. Wenn ich mir die Summen und den Zusammenhang ansehe, dann kann ich mir vorstellen, dass wir uns mit Blick auf die Vielfaltssicherung unseres besonderen Zwei-Säulen-Modells auf Sicht noch ein Stück weiter einbringen könnten.

Aber vom Gesamteindruck her wäre der Einzeletat für Medien für mich als Fachpolitiker – wenn wir als Opposition nicht den Gesamtetat ablehnen würden, was ja Usus ist und in der Gesamtbetrachtung seine guten Gründe hat; ich hoffe, dass meine Fraktion mir folgt – an sich zustimmungsfähig. So haben wir das im Ausschuss auch immer gehalten. Wenn wir die Dinge richtig fanden, haben wir dem auch zugestimmt.

Wir haben einen besonderen Hinweis – auch Frau Stullich hat ihn noch einmal gegeben – mit Blick auf die Games-Förderung. Es ist für einen alten Mann wie mich etwas schwer, dem zu folgen, weil diese Spiele so wahnsinnig schnell sind. Da kommst du kaum mit. Aber das, was auf dem Gebiet geleistet wird – ich habe mir das im Lab in Köln angeschaut –, ist schon sehr eindrucksvoll. Wie viele junge Leute auf diese Art in Berufe gehen, von denen wir uns vor fünf oder zehn Jahren noch überhaupt keine Vorstellung haben machen können, ist schon eine sehr spannende Entwicklung.

Ich finde es nicht nur gut, dass die gamescom hier stattfindet, sondern auch, dass die entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten in Köln konzentriert sind.

Interessant ist auch – das ist ein kleines Thema, aber für viele Menschen wichtig –, dass das Thema „Freifunk“ weiterhin eine Rolle spielt. Das wird fortgeführt. Das ist eine Initiative, die auch wir immer wieder fordert und unterstützt haben. Insofern bin ich darüber sehr erfreut. Auch Projekte wie das geplante und sich entwickelnde Institut für Digitalisierungsforschung tun dem Land gut.

Die Film- und Medienstiftung in der Stärke ist so wieso eine Freude, nicht nur, weil sie den Filmstandort Nordrhein-Westfalen stärkt, sondern auch weil sie den Verbund der Filmförderung in Deutschland im Zusammenhang stärkt und – was ich auch sehr wichtig finde – immer auch mit der sehr engagierten und ausgeprägten Filmförderung unseres Nachbarlandes Frankreich eng kooperiert. Insgesamt sind das sehr erfreuliche Zeichen.

Erstens steht dieses Jahr im Zeichen der Pandemiekrise, und man kann und muss die Dinge daher in einem anderen Zusammenhang sehen. Das heißt,

die Veränderung, die wir im Moment gesellschaftlich, politisch usw. erleben, werden sich natürlich auch auf die künftigen Entscheidungen auswirken.

Zweitens ist vieles von dem, was da investiert wird, im Moment nicht so sichtbar. Das muss man ehrlicherweise sagen. Die Treffen finden nicht statt, und alles damit Zusammenhängende findet nicht statt. Es finden keine Filmpremieren statt. Es hat keinen Kinopreis gegeben. All das gab es nicht. Aber es hat Kinoförderungen gegeben. Diese wurden pandemiebedingt verstärkt und sind damit für die Kinos in Nordrhein-Westfalen existenzsichernd.

Vor diesem Hintergrund finde ich das alles richtig.

Über die Präsenz des Medienministers im Ausschuss will ich mich hier nicht auslassen. Möglicherweise mag er den Vorsitzenden nicht.

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich glaube nicht, dass es daran liegt, sondern es hat vielleicht auch damit zu tun, dass in den Zeiten, in denen wir uns gerade befinden, die Schwerpunkte anders gesetzt werden müssen. Ich will auch noch einmal daran erinnern – ich muss es einfach mal sagen, lieber Alex Vogt; wir sind da wirklich unterschiedlicher Meinung –: Ich mache dieses Geschäft jetzt 20 Jahre. Ich war immer Mitglied des Ausschusses, der sich Medienausschuss oder ähnlich nannte. Nur selten war der zuständige Ministerpräsident oder die zuständige Ministerpräsidentin in diesem Ausschuss persönlich anwesend, obwohl die Medien faktisch immer in der Staatskanzlei ressortiert waren.

Ich will Sie damit nicht raushauen, Herr Ministerpräsident. Es wäre schön, wenn Sie ab und zu mal kommen könnten.

(Heiterkeit von Ministerpräsident Armin Laschet)

– Ist ja klar. Aber es ist nicht so, dass man das mitzuzählen hätte. Durch den Staatssekretär Herrn Liminski – er ist jetzt anwesend, da kann man das auch mal sagen – werden Sie dort sicherlich fachlich gut vertreten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Oliver Keymis (GRÜNE): Insofern haben wir als Ausschuss insgesamt nichts zu klagen. Kritik kann man äußern, aber man kann auch mit ihr leben, denke ich. – Danke schön. Frau Präsidentin, vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und Ulrich Reuter [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP spricht Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es einfach immer noch nicht fassen. Kollege Vogt hat sich – höchstwahrscheinlich unabsichtlich – gerade so ein bisschen als Coronaleugner geriert. Denn wie können Sie in 2020 beklagen, dass es keine großen Präsenzveranstaltungen gibt? – Ja, das ist in diesem Jahr leider nun einmal so.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

Dann weisen Sie selbst auf die Torheiten der eigenen roten Medienzeit vor 2017 hin. Das Medienforum als große Veranstaltung – ja, das war es mal in Ihren Anfangszeiten. Aber 2014, 2015 und 2016 war das nur noch ein Trümmerfeld. Sie saßen auch selbst eigentlich in dem trockenen roten Medienteich, aber spielten damals auch nur die Hauptrolle in einem Kurzfilm namens „Das Schweigen der Frösche“. Jetzt sagen Sie hier, dass das Medienforum eine super Veranstaltung gewesen sei. Sie hätten damals dafür sorgen können. Die Veranstaltung wurde ja, weil Sie sie wirklich vortrefflich vor die Wand gefahren haben, dann auch von den Akteuren in der Medienszene mit Nichtbesuch bestraft.

Üblicherweise fließen 5 % des Medienetats in Veranstaltungen, aber dieses Jahr war eben kein Jahr für überbordende Präsenzformate. Darunter leidet das Networking – Kollege Keymis hat es angesprochen –, aber mit hybriden und digitalen Formaten wurde schon ein gewisser, bestmöglicher Ausgleich erzielt.

Jetzt kommt natürlich das alte Lied vom Kollegen Vogt zum Lokalfunk. Ja, der Lokalfunk ist wichtig. Aber dann frage ich mich, warum Sie damals, als Sie die medienpolitische Regie mit innehatten, die wichtigen digitalen Weichenstellungen nicht vollzogen haben. Das haben wir nachgeholt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Hausaufgaben haben wir erledigt.

Deswegen können wir ja auch verzeichnen, dass die Medienkommission vor zwei Wochen nun auch die Ausschreibung der DAB+-Frequenzen vornehmen konnte. Ich denke, dass wir da eine landesweite Versorgung mit 15, vielleicht 16 Angeboten bekommen werden.

Darüber hinaus – das ist ja sogar fast noch wichtiger; zumindest ich halte es für wichtiger – kann ja nun auch die Ausschreibung der landesweiten privaten UKW-Kette erfolgreich erfolgen. Das haben Sie während Ihrer Regierungszeit damals auch vermurkst. Ich glaube, die zusätzliche private Kette wird das duale System stärken. Deshalb sind auch bei den

Vergabekriterien lokale und regionale redaktionelle Inhalte aus NRW besonders betont worden.

Das übergehen Sie einfach alles und sehen eine Medienpolitik ohne Signale. Meines Erachtens haben wir sehr viele Signale gesendet.

Der Medienhaushalt – auch im Gegensatz zu früheren Zeiten – zeichnet sich ja durch drei Punkte aus: Planungssicherheit, Kontinuität und Wachstum.

Die Fördermittel für die Film- und Medienstiftung als bedeutsamem Akteur wurden noch einmal um 1 Million Euro erhöht. Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was wir im Nachtragshaushalt möglich gemacht haben, um das Kinostabilisierungsprogramm voranzubringen. Die NRW-Koalition lässt die Medienschaffenden und besonders die Kinolandschaft in diesen schwierigen Zeiten nicht im Stich.

Wir haben eine sehr regie- und zielführende Rolle bei der Schaffung der Produktionsausfallfonds eingenommen. Da mussten auch einige SPD-Länder erst zum Jagen getragen werden. Da haben wir eine gute Rolle eingenommen, um den vielen festen und freien Beschäftigten bei den Produktionsfirmen Sicherheit für den Drehbetrieb zu geben.

Die gamescom konnte auch dieses Jahr nicht stattfinden. Das werden Sie uns höchstwahrscheinlich auch noch zum Vorwurf machen.

In den letzten vier Jahren hat sich der Bund für leere Ankündigungen und leere Versprechen abfeiern lassen. Heraus kam lange nichts. Endlich haben die GroKo und der Bund in ihrer unendlichen Gnade dann doch mal etwas für die Games springen lassen. Ich hoffe, dass das nicht nur einer coronabedingten Mildtätigkeit entspringt, sondern einer grundsätzlichen Einstellung. Dann wären wir da auf gutem Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Eine Rede, die die Welt nicht braucht!)

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Medienpolitik ist Machtpolitik. Das wissen Sie. Das praktizieren Sie seit einigen Jahrzehnten mit großem Erfolg.

In den letzten Jahren – genauer gesagt: in den letzten zehn Jahren – ist allerdings Ihr dicht gewebtes Netz aus Medienbeteiligungen und politisch besetzten Kontrollgremien etwas unter Druck geraten. Die Menschen wollen sich nicht mehr von Ihnen, von den Altparteien, vorgeben lassen, was sie zu lesen, zu sehen, zu hören und, ja, auch zu denken haben. Die

Altmedien sind genauso wie die Altparteien unter Druck.

Das Internet und der digitale Wandel eröffnen den Bürgern des Landes eine ganze, neue Vielfalt von Informationsquellen. Es gibt endlich Alternativen – Alternativen zur „Tagesschau“, zum WDR, zur FUNKE MEDIENGRUPPE, zur SPD-eigenen Zeitung. Immer mehr Menschen nehmen diese Alternativen dankbar an.

Derweil blicken meine Vorredner geradezu nostalgisch zurück in die Zeit vom Röhrenfernseher und von Monopolzeitungen, als sie alleine die Kontrolle über den Informationsfluss in unsere Wohnstuben hatten.

Aber sie haben es noch nicht ganz aufgegeben: Mit einem großen Schwall neuer Gesetze, Regulierungen und Subventionen soll die alte Medienhegemonie in das neue bunte und digitale Zeitalter übertragen werden. Das wirkt oft ein bisschen unbeholfen und plump, fast wie der Opa, der sich einen Facebook-Account zugelegt hat.

Ihre Kontrollsucht verbergen sie dabei hinter einer Vielzahl wohlklingender Euphemismen. Unser Ministerpräsident wird daran vermutlich gleich auch nicht sparen.

Ich will mal drei Beispiele nennen:

Erstes Beispiel: Medienkompetenz. Vorgeblich geht es darum, den Menschen den Umgang mit Medien zu vermitteln, und eigentlich ist das auch ein gutes Anliegen. Tatsächlich aber wollen Sie die Leute dazu erziehen, sich wieder auf die alten politisch kontrollierten Nachrichtenquellen zu verlassen, und alternative Informationsquellen diskreditieren.

Zweites Beispiel: Zusammenhalt der Gesellschaft. Dafür gab es auch schon andere Begriffe, aber die wären vermutlich unparlamentarisch. Gemeint ist eine Einheitsdenke. Bürger sollen gefälligst keine dummen Fragen stellen, die Klappe halten, Steuern zahlen und neuerdings auch Maske tragen. Dazu passend liefern Staatsfunk und Monopolzeitung die Berieselung.

Ein weiteres Beispiel: Hatespeech oder Hassrede.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist ein Begriff, der nirgends näher definiert wird, aber als Grundlage herhalten muss, um alles, was nicht in den äußerst schmalen Meinungskorridor zwischen Grünen und CDU passt, zu kriminalisieren und aus der öffentlichen Debatte zu verbannen.

Diese autoritäre Attitüde spiegelt sich auch hier im Haushalt und in der gesamten Medienpolitik der Landes- wie der Bundesregierung wider. Da werden Millionen-Subventionen an Zeitungsverleger bezahlt. Man nennt das dann „Infrastrukturförderung“, aber es geht wohl eher um politische Landschaftspflege, und

das macht sich gleichzeitig noch positiv in der Kasse der SPD und bei Herrn Holthoff-Pförtner bemerkbar.

Da wird der wuchernde Staatsfunk – der teuerste der Welt übrigens – weiter aufgebläht, während das ganze Land angesichts der Coronakrise Abstriche machen muss. Da werden die NRW-Lokalradios, die ja mit einem ausgeklügelten System von Hinterzimmergremien politisch auf Linie gehalten werden, liebevoll mit eigens geschaffenen Corona-Nothilfen am Leben und auf Linie gehalten, und sie erhalten außerdem noch großzügig Werbebuchungen durch die Landesregierung.

Die Machterhaltungsmaschinerie läuft also besser als in mancher Kleptokratie. Vieles davon findet sich auch in diesem Medienhaushalt. Anderes wird über den Bund – wohl neuerdings über allerlei Corona-Notprogramme – abgewickelt.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass wir all das und damit diesen Haushalt ablehnen.

Meine Fraktion – das haben wir an verschiedenen Stellen deutlich gemacht – glaubt nicht daran, dass es die Politik sein kann, die für Meinungsvielfalt sorgt. Im Gegenteil: Der beste Schutz vor Fehlinformationen, Propaganda und Meinungsmonopolen ist kein Ministerium für Wahrheit, sind keine Steuermittel, sondern ist ein freier Markt der Meinungen, der für alle Bürger, für Blogger, Influencer,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Fake News der AfD!)

für Hobby- und Berufsjournalisten gleichermaßen zugänglich ist.

Genau das ist es leider, was Sie mit Ihrer Medienpolitik bekämpfen. Genau deshalb bekämpfen wir Ihre Medienpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Jetzt spricht erneut der Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Medienhaushalt sendet in diesen besonderen Zeiten eine zentrale Botschaft: Die Landesregierung ist und bleibt verlässlicher Partner der Medienbranche. Sie arbeitet an Rahmenbedingungen für Medienvielfalt. Es ist nicht Aufgabe eines Landes, sie umzusetzen, aber es gilt, an den Rahmenbedingungen dafür zu arbeiten, dass es Medienvielfalt gibt. Der Medienstaatsvertrag, der am 7. November in Kraft getreten ist, ist ein wichtiger Bestandteil davon. Die Medienprojekte der Ruhr-Konferenz und auch die Medienkompetenz sind wichtige Elemente, um Medienvielfalt zu sichern.

Eine Landesregierung kann die Zeitungslandschaft nicht so ordnen, wie Herr Vogt sich das vorstellt. Weil niemand aus Ihrer Fraktion am Ende geklatscht hat, kamen Sie wahrscheinlich mit der Frage: Sorgen Sie für eine bessere Entlohnung von Journalisten? – Damit haben Sie die bestehende Tariffreiheit aufgekündigt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was sagen eigentlich die Gewerkschaften dazu, dass Sie von einem Ministerpräsidenten – bei dem Sie mit Strichlisten zählen, wie oft er da ist – erwarten, für die Bezahlung von Journalisten zuständig zu sein? Das ist eine Medienpolitik, die ich auch von anderen Sozialdemokraten in Deutschland nicht kenne. Deshalb wundert es mich, dass die SPD sich hier in dieser Form einlässt.

(Beifall von der CDU und Ralf Witzel [FDP])

Ich bitte Sie, uns in Zukunft an dem zu messen, was wir tun.

Ich finde, Staatssekretär Liminski ist ein herausragender Staatssekretär für Medienpolitik.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Er ist deutschlandweit anerkannt, insofern ist er auch der richtige Ansprechpartner für den Ausschuss.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen ist von uns mit 1 Million Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt gestärkt worden. Das ist mir auch persönlich ein sehr wichtiges Anliegen. Wir haben seit Regierungsübernahme 7 Millionen Euro mehr an Landesmitteln bereitgestellt, und wir wollen die Film- und Medienstiftung auch weiter stärken. Das Film- und Medienland Nordrhein-Westfalen wollen wir ebenfalls stärken.

Das gilt natürlich auch für die Games-Branche. 30 Games-Projekte sind mit insgesamt fast 3 Millionen Euro gefördert worden. Daran wollen wir im nächsten Jahr anknüpfen. Wir hoffen, dass die gamescom, die in diesem Jahr auch der Coronapandemie zum Opfer gefallen ist, dann wieder stattfinden kann.

Einige Kollegen haben hier erwähnt, dass viele, viele Branchenveranstaltungen betroffen waren. Viele vorgesehene Veranstaltungsformate sind nicht möglich gewesen. Wer ein bisschen Zeitung liest, der weiß, dass es gerade eine Coronapandemie gibt; daraus sollte man sich ableiten können, warum das nicht stattfindet.

Dennoch muss es nächstes Jahr weitergehen. Als Ministerpräsident will ich vor allem das Medienland und den Games-Gipfel stärken – ich habe zweimal persönlich zum Games-Gipfel geladen. Auf diese Weise kann man auch als Ministerpräsident ein besonderes Unterstützungssignal senden. Wir wollen

mit unseren kreativen Köpfen da draußen Medien- und Digitalland Nummer eins bleiben und die Marke auch 2021 weiter stärken. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Sie haben sicherlich bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar von Herrn Kollegen Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Laschet, Sie sind auf das Thema „Bezahlung von Journalistinnen und Journalisten“ eingegangen. Ich erwarte schon, dass ein Medienminister im Blick hat, dass unabhängiger Journalismus auch mit Bezahlung von Journalistinnen und Journalisten zusammenhängt.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich Anfang des Jahres beispielsweise zur Bezahlung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geäußert. Damals hatten Sie keine Scheu, sich zu äußern, und hier weisen Sie dieses Thema komplett von sich.

Natürlich haben Sie im Ausschuss für Kultur und Medien 50 Mal gefehlt. Andere Ministerpräsidenten waren nicht gleichzeitig Medienminister. Sie hatten am Anfang der Wahlperiode Herrn Holthoff-Pförtner als Medienminister eingesetzt, den Sie aufgrund möglicher Interessenkonflikte zurückziehen mussten. Sie verweisen auf Herrn Liminski, der aber als Staatssekretär hier nicht mit uns diskutieren darf, weil er nur Staatssekretär und kein Medienminister ist. Deswegen fordern wir von Ihnen, dass Sie einen Medienminister einsetzen, der dann auch an den Ausschusssitzungen teilnehmen kann.

Ein weiterer Punkt betrifft die Bedrohung von Journalistinnen und Journalisten. Ich bin entsetzt, dass Sie zu diesem Thema auch gerade wieder nichts gesagt haben.

(Beifall von der SPD)

Viele Journalistinnen und Journalisten werden auf Demonstrationen bedroht. Nachdem Sie die Debatte im Zusammenhang mit dem „Umweltsau“-Lied per Twitter befeuert hatten,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jetzt ist es aber langsam gut!)

standen Neonazis in den Vorgärten von Journalistinnen und Journalisten. Dazu hat man nichts gehört.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jetzt wird es aber langsam abenteuerlich, Herr Kollege!)

Wir fordern Sie auf, Initiative zu ergreifen, sodass freie Journalistinnen und Journalisten in diesem Land Schutz erfahren. Wir fordern Sie auf, sich schützend vor sie zu stellen. – Vielen Dank.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Man wird Journalisten auch mal hinterfragen dürfen! – Ralf Witzel [FDP]: Eine sehr notwendige Debatte, die damals geführt worden ist!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Herr Ministerpräsident.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Ich hätte gedacht, dass Ihr gestörtes Verhältnis zur Tarifautonomie im Journalismus jetzt korrigiert würde, aber das haben Sie nicht gemacht. Ich bleibe dabei, dass die Tarifautonomie gilt und die Gewerkschaften – nicht die Landesregierung – aushandeln, wie Journalisten bezahlt werden.

(Alexander Vogt [SPD]: Das ist ja auch keine Frage! Sie haben sich doch dazu geäußert!)

Die Organisations...

(Stefan Zimkeit [SPD]: Keine Ahnung vom Thema! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Zimkeit!)

Die Organisationshoheit über Ministerberufungen hat nicht der Abgeordnete Vogt, sondern der Ministerpräsident – und dabei bleibt es.

(Beifall von der CDU – Alexander Vogt [SPD]: Er darf aber den Ministerpräsidenten kritisieren!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zu Teil „b) Medien“ des Einzelplans 02.

Ich rufe auf:

c) Europa und Internationales

Ich eröffne die Aussprache, und Herr Kollege Weiß hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich sage es gleich vorweg: Meine Fraktion kann dem Haushaltsvorschlag der Landesregierung auch im Bereich „Europa und Internationales“ nicht zustimmen.

Ihr Haushalt ist an vielen Stellen zu unambitioniert, obwohl gerade jetzt starke Impulse von der Landesebene ausgehen müssten. Das trifft besonders auf den Bereich „Entwicklungspolitik“ zu. An anderer Stelle ist er zu unkonkret und zu unverbindlich, vor allem was die Umschichtung von Mitteln für das Engagement im Ausland angeht. Das halten wir angesichts der enormen globalen Herausforderungen, denen Nordrhein-Westfalen sich zunehmend ausgesetzt sieht, nicht für angemessen.

Für den Bereich „Europa“ begrüßen wir natürlich, dass hier insgesamt ein Mittelaufwuchs im Vergleich zum Haushalt 2020 zu verzeichnen ist. Eine Grundkritik an Ihrem europapolitischen Engagement zielt auch in diesem Jahr auf Ihre konsequente Ignoranz gegenüber der sozialen Dimension des europäischen Einigungsprozesses ab. Schon in Ihren europapolitischen Schwerpunkten für 2020 taucht beispielsweise der Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in keinem einzigen der zehn Schwerpunkte auf. Alles, was wir von Ihnen dazu bekommen, sind lediglich fade Lippenbekenntnisse. Dabei wäre genau jetzt die Zeit, endlich eine Strategie zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte auf Landesebene zu erarbeiten und diese auch mit Mitteln zu untermauern.

Ein weiterer Punkt, den ich eingangs bereits angeschnitten habe, ist die Verbindlichkeit und die Nachprüfbarkeit erreichter Ziele innerhalb der einzelnen Posten. Noch mehr als im aktuellen Jahr setzen Sie für das nächste Jahr auf einen flexibleren Mitteleinsatz. Grundsätzlich gibt es daran nichts zu kritisieren, wenn – und hier setzt unsere Kritik an – Sie den Haushalt mit konkreten und nachprüfbaren Zielindikatoren begleiten würden. Das tun Sie aber weder in Ihren europapolitischen Leitlinien noch an anderer Stelle. Solange Sie das nicht nachholen, sehen wir darin in jedem Fall eine qualitative Verschlechterung des Haushalts.

Kurz eingehen möchte ich auch noch auf die zukünftig zu intensivierende Partnerschaft NRWs mit Italien. Sie fragen sich jetzt vielleicht, warum ich das während dieser Haushaltsdebatte anspreche, wo der Haushalt doch keine expliziten Mittel für eine solche Intensivierung hergibt. Damit geht es Ihnen wie uns. Der Ministerpräsident kündigte nach einem Besuch beim italienischen Premierminister medienwirksam an, den Austausch zwischen Italien und NRW zu intensivieren, nur um dann im Haushalt dafür nicht einen zusätzlichen Euro bereitzustellen. Wenn Herr Laschet im Anschluss an das Treffen groß ankündigt, die Beziehungen zwischen NRW und Italien zu intensivieren, dann erwarten wir, dass sich das im Haushalt widerspiegelt, und zwar nicht bloß als Quervermerk unter Posten zur allgemeinen Kontaktpflege. Ambitionierte Europapolitik sieht anders aus.

Für den Bereich „Internationales“ gilt das Gleiche wie für den Bereich Europa. Den allgemeinen Mittelaufwuchs begrüßen wir. Leider resultiert er beinahe ausschließlich aus der Förderung der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik und der potenziellen Ansiedlung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage.

Natürlich unterstützen wir beide Projekte; gar keine Frage. Wir lehnen es aber ab, dass für ihre Finanzierung an anderer Stelle Kürzungen und Umschichtungen stattfinden. Das betrifft unter anderem die Mittel für die GIZ.

Die Landesregierung hat für das kommende Jahr ein besonderes Augenmerk auf den Westbalkan gelegt. In dieser Region leistet die GIZ hervorragende Arbeit.

Statt für die GIZ vorgesehene Mittel umzuschichten, beantragen wir ein Festhalten an der Förderhöhe im ursprünglichen Kapitel. Effektiv würde das Land so seinen Beitrag zur Arbeit der GIZ erhöhen. So sähe unserer Meinung nach ein ambitionierter Haushalt aus. Selbiges gilt im Übrigen für die Mittel für das Kontaktbüro in Israel.

Zu den inhaltlichen und strukturellen Schwachstellen der Entwicklungspolitik der Landesregierung habe ich mich an anderer Stelle schon deutlich geäußert.

Fest steht, dass Sie die wenigen starken Impulse, die Sie in Ihren Leitlinien ankündigen, nicht ausreichend im Haushalt verankern. Darüber hinaus verpasst es die Landesregierung, diesen Haushalt auch ganz praktisch als Hebel für die Verwirklichung der Agenda 2030 zu nutzen.

Auch wenn und gerade weil dieser Haushaltsbereich im Verhältnis zu anderen Fachbereichen recht klein ausfällt, würden wir uns von der Landesregierung einen ambitionierteren Haushalt wünschen, der über bloße Kontaktpflege hinausgeht und den Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Bewältigung der Herausforderung einer sich immer schneller werdenden Welt mit einem Ausrufezeichen versieht. Wir bedauern, dass er das nicht tut. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wer nicht die Kraft besitzt, sich zu einem aufbauenden Geiste zu bekennen, wird vergeblich nach dem Frieden streben. Die europäische Politik ist an einer entscheidenden Wegkreuzung.

Das sind Worte des damaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold, heute vor 73 Jahren im Landtag von NRW. Damals steht die Zukunft an Saar und Ruhr auf dem Spiel, die Kontrollkommission, der Status für Deutschland. Zeitgleich läuft in London die Außenministerkonferenz.

Auch aktuell sind wir an einer Weggabelung: EU-Blockade, aggressive Nationalismen, No-Deal-Szenario. Der harte Schlag der Pandemie nimmt Leben und Wohlstand, und im weltweiten Einsatz gegen Hunger und Armut wird mühevoller Fortschritt zerstört.

Wer gemutmaßt hatte, der Bereich „Europa und Internationales“ werde zum Sparen benutzt, wird eines Besseren belehrt – zum Glück. Sie haben bereits ausgeführt, Herr Kollege Weiß, dass wir einen Mittelaufwuchs haben.

Mit der Binnenordnung in Europa geht es um Weltorientierung. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist finanzielle Reaktion und selbstbewusste Antwort. Es geht nicht abstrakt um mehr oder weniger Europa. Europa überzeugt in menschlicher Aktion über die offene Grenze, solidarisch in der Krise, synchron in der Bewältigung.

In der Pandemie ist Erfolg aber stets relativ. NRW ist Tempomacher einer regionalen Zusammenarbeit, gerade in der Gemeinschaft der Benelux-Partnerschaft. 2021 werden diese Aktivitäten sogar noch verstärkt: Europaaktivitäten, Pflege der europäischen Beziehungen, grenzüberschreitende Maßnahmen.

Dieser Haushalt flankiert entgegen Ihrer Wahrnehmung, Herr Kollege Weiß, das hervorragende Engagement in den vier Euregios im Deutsch-Niederländischen Forum, in grenznahen Konferenzen, in der intensivierten Zusammenarbeit mit der Wallonie, mit unseren Partnern in Schlesien und in der Region Hauts-de-France. Das „Regionale Weimarer Dreieck“ wird 20 Jahre alt.

Am 2. Mai startet die Europawoche 2021, „Europa – Erleben und Lernen“, der Ausbau der Europaschulen. Das war übrigens Ihr Thema in der SPD. „NRW debattiert Europa“, „EU-Jugendbotschafter“, „Europaaktive Kommune und Europaaktive Zivilgesellschaft“, die Werbung für die Gemeinschaft dort, wo Rückhalt noch gering ist. Dafür tritt dieser Haushalt ein, und zwar ambitioniert.

75 Jahre alt werden die Beziehungen zum Vereinigten Königreich, unserem Gründungsparter. NRW feiert also 75. Geburtstag in einer nicht leichten Situation. Erstmals tritt ein Mitgliedsstaat aus.

Dennoch gibt es Rückendeckung über den Ärmelkanal hinweg für menschliche Brücken, für 200 Schulen, die dazu beitragen: Europa ist bei uns zu Hause geht auf das Vereinigte Königreich zu. An der Seite stehen das Europäische Jugendparlament ebenso wie der Mittelstand.

In der Gleichzeitigkeit aller Krisen, die NRW menschlich erreichen – ökonomisch mit dem Echo der Großkonflikte, die USA, China, ökologisch –, in dieser Überlagerung der Konflikte werden regionale Partnerschaften ausgebaut – und nicht nur als Querverweis, als Fußnote – nach Italien, zum Balkan.

Das Engagement der Weltstaatengemeinschaft wird vitalisiert. Das dritte Partnerschaftsabkommen mit Ghana – das darf man auch erwähnen, Herr Kollege Weiß – ist auf einem guten Weg, und die Coronakrise hat diese Verbindung sogar noch – mit dem

großartigen Rückhalt in den Verbänden, in den Schulen, in den Kirchen, durch das Ghana-Forum, durch Engagement Global, das Südafrika Forum NRW, die NGOs und die Stiftungen – gestärkt.

In der Epidemie ist NRW dort zu Hilfe gekommen mit 150.000 Euro, und noch einmal 150.000 Euro. Der Verwaltungsaustausch wird lebendig, die Unterstützung für die Start-up-Szene und der kommunale Dialog.

Im Gegensatz zur Ausschusssitzung haben Sie heute gar nicht das Thema „Südafrika“ erwähnt, Herr Kollege Weiß. Doch die Beziehungen zu Südafrika bleiben trotz aller Schwierigkeiten auf der Agenda; das sollten wir bitte nicht kleinreden.

Der Haushaltsentwurf spiegelt unseren Einsatz in Jordanien wider. Die Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland werden der Krise zum Trotz auf 1,2 Millionen Euro erhöht.

Der Austausch mit Israel wird intensiv entwickelt, und zwar aus außerordentlichem Ansatz. Denn im Jahr 2021 wird die 1.700 Jahre währende Geschichte jüdischen Lebens – mit der erstmaligen urkundlichen Erwähnung einer jüdischen Gemeinde in Köln im Jahr 321 – umfassend gewürdigt.

Wer nicht die Kraft besitzt, sich zu einem aufbauenden Geiste zu bekennen – so Karl Arnold –, wird vergeblich nach dem Frieden streben. Die Menschen in NRW haben diese Kraft immer neu gezeigt. Sie beweisen sie in den letzten Monaten noch einmal mehr.

Mit dem Haushaltsansatz für das Jahr 2021 können wir couragiert weitergehen. Der Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz ab dem 1. Oktober 2021, der Einsatz für eine erfolgreiche „Konferenz zur Zukunft Europas“ – das sind ganz besondere Chancen auch in dem von Ihnen erwähnten sozialen Bereich.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ambitioniert, er ist konkret: um für die Welt Sorge zu tragen, die uns umgibt und erhält. Er nimmt Maß an der Gegenseitigkeit im globalen Zeitalter.

In diesem Bewusstsein steht Nordrhein-Westfalen, aber auch die Bundesstadt Bonn, Seite an Seite: eben mit der GIZ, mit 23 Organisationen der Vereinten Nationen, mit dem Aufbau der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik. Daher bitten wir um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade wieder ein beredtes

Beispiel vom Kollegen Krauß mitbekommen, wie Politik bei dieser sogenannten NRW-Koalition funktioniert: Große, dicke, fette Überschriften, aber wenn man ins Kleingedruckte schaut, werden Sie Ihren Ansprüchen nicht gerecht.

Nun kann man an dieser Stelle mit ein bisschen Zufriedenheit sagen, dass im Wesentlichen die Haushaltsansätze fortgeschrieben worden sind, es insofern mit Blick auf Kürzung nichts groß zu kritisieren gibt.

Wenn man aber die Botschaften, die Sie verbreiten, die großen Überschriften, die Herausforderungen konkreter beschreiben würde, müsste man sich eigentlich – im Haushalt abgebildet – mehr engagieren.

Das gibt dieser Haushalt im europäischen und internationalen Bereich nicht her, sondern es ist die Fortschreibung des Status quo, als wenn in der Zwischenzeit nichts passiert wäre, als wenn wir keine neuen und größeren Herausforderungen hätten, die Antworten erforderten.

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere nicht mehr: Wir haben gemeinsam eine Verfassungsänderung beschlossen, nämlich den Europabezug in die Verfassung aufzunehmen.

Alle haben feierlich erklärt – insbesondere der Minister –, das sei nicht nur eine formale Beschreibung, sondern auch ein Handlungsauftrag und somit nicht nur nach hinten gerichtet, sondern auch nach vorne.

Sehr viel Handeln jedenfalls nach vorne sehe ich in dem Haushalt aber auf den Feldern, die jetzt eigentlich entwickelt werden müssten, nicht.

Gestern hat es eine große Rassismuskonferenz gegeben. Dabei ging es auch um die Vielfalt in Europa, gegen Rassismus, gegen Ressentiments, also sozusagen um Bildung für demokratisches, vielfältiges Miteinander.

Gerade die Europabildung in das Zentrum einer Europapolitik eines Landes zu stellen, ist für mich essenziell. Da bleibt nicht mehr, als den Status quo fortzuschreiben, obwohl wir das eigentlich in jeder Schule und in jedem Unterricht verankern müssten. Es müsste Aufgabe des Europaministers sein, hier für Unterstützung und auch finanzielle Möglichkeiten für die Zukunft zu sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort Pandemie. Wir haben bitter erfahren müssen, dass wir in grenzüberschreitenden Gesundheitsfragen doch relativ blank sind, obwohl wir seit Langem Grenzöffnungen haben und uns über die Grenzen hinweg so begegnen, dass wir sie schon gar nicht mehr wahrnehmen.

Wenn aber solche Krisenereignisse kommen, wird es schwierig: Dann fallen die Grenzbäume wieder, dann

fehlt der Austausch an Information, dann fehlt auch der Abgleich der entsprechenden Normen.

Hier könnte Unterstützung vonseiten des Landes helfen, um zukünftig besser vorbereitet zu sein und das, was gut läuft, als Beispiel für andere umzusetzen.

Ein weiteres Feld im internationalen Zusammenwirken sind die Städtepartnerschaften: Hier geht es eben um Migration, hier geht es um Handel, hier geht es um den Austausch in verschiedenen kulturellen, aber auch in Umweltfragen.

Hier fehlt eine Koordination vonseiten des Landes. Die aufzusetzen, ist aus unserer Sicht notwendig. Das fehlt in diesem Haushalt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im entwicklungspolitischen Bereich wird das gleichbleibende Niveau von uns unterstützt; gar keine Frage. Die Herausforderungen der Zukunft aber, wie sie beispielsweise „Fridays for Future“, die Initiativen für Klimagerechtigkeit, die „Seebrücke“ für eine solidarische und europäische Flüchtlingspolitik oder auch die „Initiative Lieferkettengesetz“ auf die Tagesordnung setzen, tauchen nicht auf, weil eben keine dauerhafte Perspektive für zivilgesellschaftliches Engagement, für eine gerechte Welt enthalten ist. Da müsste mehr passieren. Das müsste systematischer aufbereitet werden, um hier den Herausforderungen gerecht zu werden.

Lassen Sie mich am Ende, sehr geehrter Herr Minister, auch noch etwas zu einem Thema sagen, das Sie geschickterweise versteckt haben. Sie sind für die Ruhr-Konferenz zuständig. Ein bisschen habe ich das Gefühl, wenn ich mir den Haushalt anschau – das ist bislang noch nicht wirklich diskutiert worden –: Das birgt die Gefahr, dass das eine Eintagsfliege wird.

Im letzten Haushalt 2020 waren insgesamt 60 Millionen Euro dafür vorgesehen. In diesem Haushalt findet sich fast nichts mehr. Fast alles ist auf null gesetzt. Was ist da passiert? Hat der Finanzminister Ihnen den Stecker gezogen? Was ist in der Zukunft mit den Projekten?

Sie haben zwar zugestanden, dass Mittel übertragen werden, aber ich dachte, die Ruhr-Konferenz sei ein Projekt, das auf mindestens zehn Jahre geplant ist. Wo bleibt der finanzielle Background in diesem Haushalt?

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit bin ich wieder am Anfang, bei der Koalition der großen Überschriften, aber eben nicht bei einer Koalition für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht nun Herr Nüchel.

Thomas Nüchel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mit den Reden der Oppositionspolitiker sehr zufrieden, weil ich irgendwie das Gefühl habe, dass sie eigentlich schon sehr zufrieden sind, wie wir das mit dem Haushalt für Europa gemacht haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Na ja, als Opposition ist man natürlich nicht damit zufrieden, wenn man zufrieden ist, sondern man versucht, irgendwelche Kritikpunkte zu finden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deswegen habe ich das Gefühl, Sie verlangen Antworten auf Fragen, die eigentlich keiner stellt, die eigentlich nur Sie stellen, und fordern auf, Brücken zu bauen, wo kein Spalt ist und wo kein Fluss fließt und überbrückt werden muss.

Sie unternehmen deshalb den untauglichen Versuch, das Land aufzufordern, in Konkurrenz zur Außen- und Entwicklungspolitik des Bundes zu treten.

Wir dagegen haben uns entschieden, die nahe liegenden Dinge zu unternehmen und anzupacken. Höchstwahrscheinlich haben Sie ein schlechtes Gewissen, denn die nahe liegenden Dinge wurden unter Ihrer Regierungsgide beispielsweise nicht intensiv unternommen,

(Beifall von der FDP und der CDU)

zum Beispiel beim Kontakt mit unseren direkten Nachbarn. Da sind wir doch vorangeschritten und haben deswegen auch sehr vieles intensiviert wie das erfolgreiche Beneluxjahr.

Wir ziehen den Spannungsbogen weiter: Wir haben uns um das Deutsch-Niederländische Jugendwerk gekümmert und versuchen, die Dynamik von zahlreichen Veranstaltungen, die wir im Beneluxjahr angeregt haben, fortzuführen.

Wir haben unsere tiefe Verbundenheit mit unseren Freunden in den Beneluxstaaten durch die Aufnahme und Pflege einiger schwer an COVID-19 erkrankter Patienten aus Belgien und den Niederlanden bewiesen und unsere Freundschaft auch dadurch maßgeblich vertieft.

Unser großer Dank gilt hier natürlich vor allem dem medizinischen Personal in den Kliniken von NRW. Das ist eben gelebte europäische Solidarität.

Wir schauen jetzt natürlich auch noch darauf, dass wir die dauerhafte Finanzierung der Grenzinformationspunkte geregelt bekommen und dass die maßgeschneiderten Beratungsangebote zu den Themen „Arbeit“, „Soziales“, „Unternehmen“, „Wohnen“ und

„Studieren“ weiter zur Verfügung gestellt werden können.

Ein wichtiges Ziel bleibt natürlich auch im Jahr 2021 der Abbau von grenzbedingten Hindernissen.

Große Jubiläen stehen an. NRW wird 75 Jahre alt. Das wollen wir zum Anlass nehmen, das Verhältnis der 75 Jahre währenden engen Beziehung zu unserem Taufpaten, dem Vereinigten Königreich, trotz aller Umstände, die ab dem Jahreswechsel manches erschweren, noch enger und vertrauensvoller zu machen.

Auch die Partnerschaften zu Frankreich und Polen sowie den Regionen Hauts-de-France und Schlesien feiern einen runden Geburtstag. Es ist auch richtig, dass wir zusätzliche Projektförderungen zum Titel „30 Jahre Regionales Weimarer Dreieck“ vorsehen und dem Frankreich-Polen-Jahr 2021/22 gerecht werden.

Auch für die bewährten Formate – um zu Partnerschaften wie dem Wettbewerb „Europawoche“ zu kommen, wo sich seitens der Kommunen, Vereine, Sportschulen oder Hochschulen in den vergangenen Jahren ein großes Interesse entwickelt hat – werden die Mittel spürbar erhöht.

Bei den internationalen Angelegenheiten gehen wir, wie ich finde, auch ambitioniert vor. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf Ghana, auf Israel und auch auf Jordanien. Die nunmehr seit 2007 bestehende Partnerschaft mit Ghana wird demnächst verlängert und die Zusammenarbeit neu ausgerichtet.

Auf Wunsch der ghanaischen Regierung wird die Zusammenarbeit künftig mehr auf die nachhaltige Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere auf die Stärkung junger Unternehmen, die dort zahlreich entstehen, und eben auf innovative Geschäftsmodelle fokussiert.

Vor dem Hintergrund der Probleme vor Ort im Umgang mit der Entsorgungsfrage ist es allerdings unabdingbar, die Stärkung der Wirtschaft immer auch mit einer Stärkung der Ökologie und dem Ressourcenschutz vor Ort zu verbinden.

Kollege Weiß hat richtigerweise die Beziehung zu Israel angesprochen. Anfang des Jahres wurde ein Auslandsbüro in Tel Aviv eröffnet. Das koordiniert und ist Anlaufstelle für sämtliche Aktivitäten Nordrhein-Westfalens in Israel.

Es erleichtert natürlich spürbar das Networking der Partner vor Ort. Es fungiert als spannender Treffpunkt der Hightech-Start-up-Szene. Das Büro hat in diesem Jahr zum Beispiel eine Kooperation zwischen Krankenhäusern von Nordrhein-Westfalen und israelischen Experten vermittelt. Ziel ist es, die Klinikmitarbeiter und -mitarbeiterinnen in die Lage zu versetzen, chronischen Stress besser zu bewältigen.

Das sind kleine und konkrete, aber wichtige Projekte. Deswegen kann man dem Haushalt im Bereich „Europa“ eigentlich nur zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Kollege Nückel. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Not sieht man ja – wie das Sprichwort schon sagt –, auf wen man sich verlassen kann und auch, auf wen man sich nicht verlassen kann.

Wenn uns die laufende Krise wieder mal eines bewiesen hat, dann ist es das Versagen der Europäischen Union: Außer ein paar Ratschlägen für das Händewaschen mit „Ode an die Freude“ kam nicht viel aus Brüssel.

Aber – das sieht man auch an diesem Haushalt – das stört Sie nicht weiter. Sie pumpen munter weiter Geld für Propaganda für diesen Apparat. Je unschöner offensichtlich das Gesicht wird, desto mehr Geld und Schminke trägt man auf, um es zu verbergen.

Wir haben das in den Vorjahren schon kritisiert, aber es muss in diesem Jahr, in dem es ja eigentlich überall an Geld fehlt, ganz besonders gelten. Das ficht Sie aber nicht an; Sie erhöhen die Mittel sogar noch.

Ich möchte meinen Lieblingsposten herausgreifen: die Mittel für die Freundschaft mit Polen. Nirgends wird die ganze Verdrehtheit Ihrer Europapolitik deutlicher als hier.

Vor zwei Wochen haben Sie sich alle – genau an dieser Stelle – noch das Maul über die angeblich mangelnde rechtsstaatliche Gesinnung unserer Nachbarn zerrissen. Was war der Grund? – Die Polen haben ihr Verfassungsgericht politisch besetzt.

Natürlich haben gerade wir Deutschen, die in ihrem Verfassungsgericht auch gerne mal abgelegte Ministerpräsidenten versorgen, jedes Recht, vom hohen Ross herab Haltungsnoten nach Osten zu verteilen.

(Beifall von der AfD)

Ihre arrogante Haltung und Ihre Erpressung Polens und Ungarns hat dazu geführt, dass diese beiden Länder, die vielleicht und zurecht besonders empfindlich sind, wenn sie aus irgendeiner Zentrale – sei sie in Brüssel oder in Moskau – Vorschriften bekommen, zur Notwehr gegriffen haben:

Jetzt ist der EU-Haushalt blockiert, und das alles unter einer deutschen Ratspräsidentschaft. Das ist quasi ein unübersehbares Mahnmal für die Lebenslügen Ihrer Europapolitik.

Ich gebe Ihnen einen Tipp, so als Serviceopposition: Wenn Sie die Freundschaft zu Polen stärken wollen, braucht es dazu keinen Griff in die Tasche des Steuerzahlers, braucht es keine Programme, keine Broschüren, keine Fähnchen und auch keinen Armin Laschet auf dem roten Teppich.

Lassen Sie die Polen in Ruhe und akzeptieren Sie ihre demokratischen Entscheidungen – auch wenn sie Ihnen nicht gefallen. So stärken Sie die deutsch-polnische Freundschaft, und das bekommen Sie gratis.

(Beifall von der AfD)

Ebenfalls kritisiert haben wir in den letzten Jahren die Nebenentwicklungshilfepolitik, die das Land betreibt und die in diesem Haushalt wieder mit rund 10 Millionen Euro zu Buche schlägt.

Da beschäftigen Sie dann für viele Euro viele wohlmeinende Menschen mit so weltbewegenden Themen wie: Beschaffung von Natursteinen aus verantwortlichen Lieferketten, die faire Durchführung von Veranstaltungen im Ruhrgebiet und fair gehandelte Arbeitskleidung. Da können sich alle furchtbar gut und wichtig fühlen, und es kostet Sie noch nicht einmal etwas, denn es kostet ja nur den Steuerzahler etwas.

Bizarren werden solche Bemühungen aber, wenn man sie der traurigen Realität Ihrer aktuellen Politik gegenüberstellt. So hat die UNICEF – das ist übrigens keine rechtspopulistische Organisation – zum Beispiel ermittelt, dass als Folge der Lockdownpolitik – ich sage ausdrücklich der Lockdownpolitik und nicht von Corona – und der damit verbundenen ökonomischen Schäden mehrere Hunderttausend Kinder weltweit sterben dürfen. Ich sage es noch einmal: Mehrere Hunderttausend Kinder werden weltweit sterben.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Das findet in Ihrer ganzen Debatte irgendwie nicht statt. Daran hat auch der Ministerpräsident heute Morgen nicht erinnert. Mehrere Hunderttausend tote Kinder – vielleicht sollte uns Herr Söder einmal errechnen, wie viele Flugzeuge das sind.

Darüber hinaus wird damit gerechnet, dass aus demselben Grund mehrere Zehnmillionen Menschen in extreme Armut fallen werden. Extreme Armut heißt: Hunger, Elend, Not und Tod. Das sind die Folgen Ihrer Lockdownpolitik.

An diesen Toten tragen Sie dann auch Mitverantwortung – so leid es mir tut. Da hilft es nichts, wenn Sie mit dem Geld der Steuerzahler und irgendwelchen Showprojekten versuchen, ein reines Gewissen einzukaufen. Wir jedenfalls werden da nicht mitmachen und lehnen den Haushalt ab.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Holthoff-Pförtner das Wort.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein europäisch und international ausgerichtetes Bundesland.

Enge gestaltende Beziehungen zu Europa, zu europäischen Regionen und Staaten tragen zum Wohlstand und zur kulturellen Entwicklung unseres Landes maßgeblich bei.

Dies ist für die Landesregierung eine Verpflichtung. Zahlreiche Aktivitäten besonders unserer Landesvertretung in Brüssel und in Berlin dienen diesem Auftrag. Sie sind als – wie wir sie nennen – Botschafter des Westens äußerst erfolgreich.

Beim Ausbruch der Pandemie haben wir auf Anregung des Ministerpräsidenten eine Coronataskforce mit unseren Nachbarländern eingerichtet.

Der große Erfolg ihrer Arbeit war vor allen Dingen deshalb möglich, weil wir schon vorher großes Vertrauen in Belgien und in den Niederlanden durch viele gemeinsame Ideen, Arbeiten und Projekte aufgebaut haben. Dies geschah über Regierungskonsultationen, über die Grenzlandkonferenz und auch über persönliche Treffen.

Ich bin übrigens, Herr Remmel, ausgesprochen stolz darauf, dass Nordrhein-Westfalen seine Grenze nicht für eine Stunde zugemacht hat.

(Beifall von Lorenz Deutsch [FDP])

Das war bei anderen Bundesländern und Ländern sehr unterschiedlich. Wir sind auf dieses Vertrauen und auf die Arbeit der offenen Grenzen sehr stolz. Wir haben immer gesagt: Wer Grenzen für Menschen in Not zumacht, braucht sie eines Tages für Waren gar nicht mehr aufzumachen.

In diesem Jahr hat der Ministerpräsident – das ist schon erwähnt worden – das Büro in Tel Aviv eröffnet. Dies unterstreicht die Bedeutung, die wir dem Verhältnis zu Israel beimessen, und macht die Beziehung zu Israel deutlich stärker.

Ich danke den Verfassungsfractionen dieses Hauses für die Aufnahme des Europabezugs in die Landesverfassung. 70 Jahre nach Verabschiedung unserer Verfassung ist dies ein Ausdruck der Identität Nordrhein-Westfalens und eine Verpflichtung für die Zukunft.

Wir befinden uns in einer Phase des Umbruchs, der ein Aufbruch werden muss. Sie kennen die Themen: Verabschiedung des MFR und des Fonds zur wirtschaftlichen Erholung, die Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union, das zukünftige Verhältnis zum

Vereinigten Königreich, die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und die Antwort auf die Herausforderung, die die Ein-Parteien-Diktatur in China für uns bedeutet.

Wir haben uns für 2021 sehr viel vorgenommen; davon zeugt der Haushalt, der heute debattiert wird. Zum Beispiel sollen die Mittel zur Stärkung unserer Europapolitik um über 1 Million Euro auf 3,6 Millionen Euro erhöht werden. Dazu möchte ich folgende Dinge herausstellen:

Rechtsstaatlichkeit hat für die Landesregierung oberste Priorität; wir haben es hier vor zwei Wochen debattiert. Deshalb ist das Veto von Ungarn und Polen gegen den Haushalt einfach nicht hinnehmbar. Sie hätten das Instrument, wenn sie das für rechtswidrig halten, steht ihnen der Weg zum EuGH frei.

Der Region Hauts-de-France und Schlesien kommen anlässlich der 20-jährigen Partnerschaft im Regionalen Weimarer Dreieck eine besondere Bedeutung zu. Das Jubiläum dieser Partnerschaft werden wir mit Polen und Frankreich gemeinsam würdigen. Dazu soll es einen Festakt mit der polnischen Spitze der Partnerregion geben. 2021 möchten wir auch die Erneuerung der jeweiligen Partnerschaftsabkommen nachholen.

2021 ist nicht nur das Jahr, in dem das Vereinigte Königreich aus der Gemeinschaft der Europäischen Union austritt, sondern es ist auch das besondere Jubiläumsjahr mit Nordrhein-Westfalen. Deshalb wollen wir – gerade wegen des Brexits – unsere Zusammenarbeit vertiefen. Wir stellen Mittel für den Schüleraustausch zur Verfügung. Wir haben das Ziel eines deutsch-britischen Jugendwerks.

Ein besonderes Anliegen ist es mir, allen gesellschaftlichen Gruppen den Zugang zu Europa ermöglichen, insbesondere europafernen Gruppen. Wir wollen Europa weiter stärken. Die erfolgreiche Initiative „Europa – Erleben und Lernen“ werden wir deshalb durch das europapolitische Bildungsprojekt „EU-Jugendbotschafter/innen an Haupt- und Realschulen“ ergänzen.

Wir werden unser Engagement auf dem Balkan, dem geografischen Innenhof Europas, ausbauen und unterstützen die Konsolidierung der Europäischen Union. Um die Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu stärken, wird es im nächsten Jahr in Düsseldorf eine Tagung geben, in der wir zivilgesellschaftliche Akteure zusammenbringen und ihnen ermöglichen, dass sie auch ohne Unterstützung ihrer Nationalstaaten Projekte bekommen können.

Mit Ghana wollen wir unser Partnerschaftsabkommen erneuern und damit die Zusammenarbeit weiter vertiefen. Ebenso haben wir den Ausbau der Kooperation mit den amerikanischen Bundesstaaten im Blick. Wir setzen auf eine neue Dynamik, die der Wahlsieg des ehemaligen Vizepräsidenten Biden

entfacht hat. Gemeinsam mit Japan und Israel sind die nordamerikanischen Staaten unsere wichtigsten politischen Partner außerhalb der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, wir bauen darauf, trotz und unabhängig von der Pandemie vieles gemeinsam zum Wohle unseres Landes umsetzen zu können. Der eingebrachte Haushalt gibt dafür die Mittel. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Noch ein letztes Wort zu Herrn Remmel: Sie haben bereits erwähnt, dass die nicht verausgabten Mittel für die Ruhrkonferenz auch in 2021 zur Verfügung stehen. Bei der Entwicklung der Projekte und der jeweiligen Handlungsfelder würde ich Ihnen hier eine Wette anbieten: Ich beabsichtige, auch weiterhin im Ruhrgebiet wohnen zu bleiben. Ich bin unverändert zuversichtlich, und diese Zuversicht wird sicherlich bei Ihnen auch noch kommen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache zu Teil c) Europa und Internationales.

Ich eröffne die Aussprache zu

d) Sport

Hier erteile ich für die SPD als erstem Redner dem Abgeordneten Bischoff das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Sporthaushalt hätte die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion gefunden, wenn unsere Ergänzungen akzeptiert worden wären. Ich will am Anfang auch gleich sagen, dass wir ihn ohne die Ergänzungen natürlich ablehnen werden.

Die SPD-Fraktion hat zwei Änderungsanträge gestellt und wird noch einen in der dritten Lesung nachreichen. Als Konsequenz aus der Pandemie werden wir noch einen dritten Antrag stellen, den ich gleich darlegen will.

Ich fand es mehr als verwunderlich und auch die Begründung abenteuerlich, wie die regierungstragenden Fraktionen CDU und FDP im Sportausschuss die ersten beiden Anträge abgelehnt haben. Ich will die gleich noch einmal darstellen. Logischerweise werden wir natürlich den gesamten Sporthaushalt ablehnen, weil diese logischen und – wie ich fand – zwingenden Anträge unsererseits nicht berücksichtigt worden sind.

Zum einen haben wir einen Antrag gestellt zum Thema „Olympiabewerbung“. Das ist nichts Neues. Alle vier demokratischen Fraktionen haben hier gemeinsam einen Antrag gestellt und sich hinter die Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region gestellt. Wir sagen, dass wir eine Machbarkeitsstudie brauchen. Das ist für die Fachleute auch nichts Neues – ich gucke Herrn Terhaag oder Herrn Netekoven an. Wir haben schon zum dritten Mal eine Machbarkeitsstudie beantragt. Jedes Mal lehnen die Regierungsfaktionen das aus fadenscheinigen Gründen ab – ich vermute, weil wir den Antrag stellen.

Dieses Mal war im Sportausschuss die Begründung, Herr Mronz könnte doch eine Machbarkeitsstudie machen. – Ja, die wäre aber privat. Die hat natürlich nicht dieselbe Wirkung wie eine neutrale oder hoheitliche Machbarkeitsstudie. Finanzieren müsste sie auch das Land Nordrhein-Westfalen, weil das Land Nordrhein-Westfalen die Olympischen Spiele will, wie der gemeinsame Antrag der vier Fraktionen aussagt. Insofern ist es völlig logisch, dass man eine Machbarkeitsstudie benötigt, um festzustellen, ob das überhaupt geht, ob die Struktur ausreicht, die wir haben. Dafür müsste man eben finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Das verweigern die regierungstragenden Fraktionen.

Der zweite Antrag bezog sich auch auf die Olympiabewerbung. Es ging um die Befragung der Bürgerinnen und Bürger. Auch das haben wir in dem gemeinsamen Antrag festgestellt, dass wir wünschen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger innerhalb von Nordrhein-Westfalen befragen.

Nun hat Herr Mronz auf einer Veranstaltung in Duisburg einen Vorschlag dazu gemacht, die Befragung bereits im Jahr 2021 parallel zur Bundestagswahl vorzunehmen. Ich habe bisher nicht erkannt, dass dies in den Fraktionen auf Ablehnung stößt. Es hat keiner widersprochen, dass das eine durchaus akzeptable Idee ist. Nur dann muss man auch Geld zur Verfügung stellen, weil durch eine Befragung natürlich Kosten entstehen.

Wenn man das nicht täte, wenn man also kein Geld in den Haushalt aufnehmen will, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Dann muss Herr Mronz entweder privat diese Befragung bezahlen – für die Planung der Olympischen Spiele, die wir alle, zumindest die demokratischen Fraktionen, unterstützen und wollen, wie wir es im Antrag festgelegt haben. Oder man verletzt das Konnexitätsprinzip und überlässt den Kommunen die Kosten, und das Land sagt: Wir machen uns einen schlanken Fuß.

Beides halten wir Sozialdemokraten für unverantwortlich. Wir haben im Ausschuss ganz klar gesagt, dass dies die Konsequenzen sind. Das Ergebnis: fadenscheinige, abenteuerliche Begründung, Ablehnung des Antrags.

Jetzt bin ich einmal gespannt, ob Sie einen Nachtragshaushalt stellen werden, wenn wir die Befragung wirklich machen, weil Sie daran überhaupt nicht vorbeikommen. Aber Sie wollen dazu keinen SPD-Antrag innerhalb des Sportausschusses bzw. zu den Haushaltsberatungen, dem Sie zustimmen. Das ist offensichtlich der Fall. Wir halten es für abenteuerlich und verantwortungslos, was Sie da machen. Das werden wir natürlich nicht mittragen.

Der dritte Antrag, den wir in der dritten Lesung am 16.12. nachreichen werden, bezieht sich auf das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ in Nordrhein-Westfalen. – Da ist Frau Milz, die wollte ich angucken.

(Der Redner wendet sich an Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt.)

Das Programm ist erfolgreich. Das freut uns, und das ist gut. Sie haben aber im Laufe des Jahres eine Äußerung gemacht wie etwa: „Jetzt ist aber fast der Topf leer, jetzt müssen wir ein bisschen streuen und Bewilligungen verzögern.“

Jetzt läuft es wieder. Im Moment bekomme ich wieder relativ viele Bewilligungen zugestellt. Danke dafür, dass Sie das tun und den Abgeordneten zur Verfügung stellen. Aber die logische Konsequenz, die wir jetzt einbringen werden, ist folgende: Wir wollen 2021 30 Millionen Euro aus 2022 vorziehen. Dann können die Anträge früher gestellt werden, und dann kann man das vorziehen.

Wir werden in der dritten Lesung sehen, wie Sie sich dazu stellen. Ich persönlich bin gespannt, aber nicht mehr besonders optimistisch, wenn ich die anderen beiden Anträge und Ihr Verhalten bedenke.

Deswegen der Schlusssatz: Unsere Anträge sind in meinen Augen sachlich und logisch und zum Teil sogar zwingend, etwa was die Befragung der Menschen angeht. Wenn man das will, muss man es auch bezahlen. Deswegen können wir Ihr Verhalten überhaupt nicht nachvollziehen und lehnen den Sporthaushalt ab. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Nettekoven.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Bewerbung für die Spiele kann nur erfolgreich sein, wenn sie eine breite Zustimmung der Menschen in unserem Land findet. Deshalb darf eine solche Befragung auch keine elitäre Veranstaltung in einer geschlossenen Gesellschaft sein, bei der andere Städte nur von außen zuschauen dürfen.

Daher gilt für uns ganz klar: „Ja“ zur Befragung der Bürgerinnen und Bürger, „Nein“ zur Reduzierung auf die Austragungsorte.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Ich zitiere Ihren Fraktionsvorsitzenden aus dem Presseartikel und deswegen, Herr Bischoff, muss ich zu Ihrem Antrag mit der Bürgerbefragung, glaube ich, nicht mehr viel sagen.

Ich möchte die Chance nutzen, heute zum schönen Sporthaushalt zu sprechen, auf den wir stolz sein können.

„Hier ist der Start, dort das Ziel, dazwischen musst du laufen.“ – Das Erfolgsrezept von Läuferlegende Emil Zátopek ist ein Sinnbild für die Arbeit unserer christlich-liberalen Regierungskoalition. Wie hinter Zátopeks Siegen auf den Laufstrecken steckt hinter unseren politischen Erfolgen vor allem eines: harte Arbeit. Wir ackern für den Sport, denn für Sonntagsreden und Schönspielen gibt es keine Punkte.

Wir haben am Start der Legislaturperiode die Ärmel hochgekrempelt, weil der Sport unter Rot-Grün ins Abseits geraten war. Seither legen wir jedes Jahr eine Schippe drauf – das sind wir unseren Sportland Nummer eins NRW schuldig.

Auch im nächsten Jahr wird der Leistungs- und Breitensport in unserem Bundesland von einer erneuten Erhöhung des Sportetats profitieren. Mit einem Plus von fast 22 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres schaffen wir damit erneut einen Mehrwert für den Sport. Für Sokrates ist Stagnation der Anfang vom Ende. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung haben wir eine neue Dynamik für den Sport in unserem Land entfacht.

Meine Damen und Herren, die erste Erhöhung der Zuwendungen aus den Glücksspielerlösen seit 2014 beschert den Destinatären im Sport 2021 ein Plus von über 5 Millionen Euro. Die in sieben Jahren Rot-Grün auf 50 Millionen Euro verharrte Sportpauschale hat seit 2018 einen Anstieg um fast 12 Millionen Euro erfahren. 2021 stehen somit 61.900.000 Euro zur Verfügung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Mit dem Investitionsprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Können Sie das noch mal erklären, Herr Kollege?)

– Ich habe nichts verstanden, tut mir leid. Wenn Sie aber eine Frage haben, stellen Sie sie ruhig.

Mit dem Investitionsprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ haben wir die Trendumkehr hin zur Modernisierung der Sportinfrastruktur eingeläutet. Bis Mitte November haben bereits rund 1.300 Vereine positive

Förderbescheide über rund 97 Millionen Euro für mehr als 1.500 Projektvorhaben erhalten.

Vorwärts geht es auch bei der Positionierung Nordrhein-Westfalens als Standort nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen. 2020 war die Bühne für sportliche Veranstaltungshighlights bereit. Dann kam jedoch Corona. Die Pandemie ändert vieles, aber wir stehen fest an der Seite unserer Sportverbände, Sportvereine und Veranstalter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Über die akute Bekämpfung der Coronapandemie und deren Folgen hinaus halten wir den Blick auf eine Zukunft gerichtet, in der Großveranstaltungen wieder möglich sein werden.

Die im Hinblick auf den Haushaltsentwurf vorgesehene Förderung zur Vorbereitung der Universiade-Bewerbung 2025 gibt eine gute Richtung vor. Frei nach Johann Gottfried von Herder: „Wer nicht läuft, gelangt nie ans Ziel.“

(Beifall von der CDU und Andreas Terhaag [FDP])

Meine Damen und Herren, die Solidarität im Sport und mit dem Sport ist groß. Die Kölner Haie haben beispielsweise 100.000 virtuelle Tickets verkauft, damit der Spielbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Politik, Sport, Fans und Gesellschaft stehen zusammen. Ich freue mich darauf, wenn mein Freund „Mo“ Müller und Lukas Podolski gemeinsam für die Kölner Haie aufs Eis gehen. Getreu dem Motto der Kölner Haie „#immerwigger“ geht es auch im Sporthaushalt immer wigger. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fürchte, mit dem Zitate- und Mottofeuerwerk des Kollegen Nettekoven kann ich jetzt leider nicht mithalten, obwohl ich es schon eine beachtliche sportliche „Leistung“ finde, von Herder zu den Kölner Haien zu kommen. Chapeau, Herr Kollege.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Bei einer Sache muss ich Ihnen allerdings widersprechen. – Wenn ich jetzt auch noch von der NRW-Koalition Beifall bekomme, dann ist mir das vielleicht fast ein wenig viel Sportfraktion.

(Beifall von Henning Höne [FDP])

Deshalb sage ich gleich etwas zur Sicherheit, bei dem ich mich wundern würde, wenn Sie dazu auch noch applaudieren würden. Herr Kollege Nettekoven, Sie haben darauf hingewiesen, dass es einen Stillstand unter Rot-Grün gegeben habe. Gott sei Dank habe aber endlich Schwarz-Gelb die Landesregierung übernommen, und jetzt sei alles besser geworden ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das Mantra, das Sie allen Leuten erzählen, und wenn Sie sich das lange genug selbst erzählen, wird eine neue Landesregierung, wie die Kommunalministerin sie gestern immer noch betitelt hat, das irgendwann noch selbst glauben.

Zur Wahrheit gehört allerdings ebenso – jetzt erwarte ich auch Applaus –, dass es Rot-Grün war, die den Pakt für den Sport erstmals tatsächlich mit Geld hinterlegt hat. Da kann man einmal applaudieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

– Das macht die andere Hälfte des anderen Saals; wunderbar. – Gut ist aber – applaudieren Sie jetzt bitte alle zusammen –, dass diese Tradition durch Schwarz-Gelb fortgesetzt wurde,

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

sodass wir sagen können: Das Sportland Nummer eins kann sich auf seine Politik im Ganzen verlassen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

– Dass ich das noch erleben darf; und das zum Thema „Sport“ – hervorragend!

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt kommen wir allerdings zu ernsteren Themen. Dieses Sportjahr steht natürlich wie alles andere auch im Zeichen von Corona, und auch unsere Sportvereine haben massiv unter Corona zu leiden. Der Sportbetrieb ist bereits das ganze Jahr stark eingeschränkt, und derzeit ist er fast völlig zum Erliegen gekommen.

Sportgroßveranstaltungen, die geplant waren, mussten in diesem Jahr abgesagt werden. Ich möchte exemplarisch die EuroGames, die wir hier im Haus gemeinsam unterstützt haben, die Makkabi-Spiele, die Finals, aber auch diverse andere wie Kanuwettbewerbe etc. nennen.

Man muss an dieser Stelle einmal deutlich machen, dass der Sport diese Situation mit großer Solidarität mitträgt und sie vor allem im Frühjahr mit großer Kreativität gemeistert hat. Ich denke dabei nur an manch digitales Wohnzimmer-Sportangebot oder die viele Angebote im Sommer zu unterschiedlichsten Bewegungen mit Abstand und draußen.

Ich möchte mich bei der Landesregierung – ich suche gerade, ah, da ist die Staatssekretärin – dafür bedanken, dass es für unsere Sportvereine eine schnelle und unbürokratische Unterstützung gegeben hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU], Britta Oellers [CDU] und Andreas Terhaag [FDP])

– Jetzt reicht es aber langsam mit dem Beifall von Schwarz-Gelb; ich kann doch gar nicht mehr in meine eigene Fraktion zurückgehen, wenn Sie so weitermachen.

(Heiterkeit von den GRÜNEN, der CDU, der FDP und Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

– Dann setze ich mich zu Ihnen. – Man muss aber auch ein wenig Wasser in den Wein gießen, denn wir werden schauen müssen, inwieweit noch zusätzliche Kosten im Bereich der Hygiene, aber auch für andere Maßnahmen, die notwendig geworden sind, abgedeckt werden können und müssen.

Außerdem haben wir uns schon länger darüber unterhalten, dass wir für die nächsten Wochen und Monate kreative Konzepte brauchen werden. Das bedeutet weiterhin, dass wir für den Sport die Ermöglichung eines Stufenplans brauchen, weil sowohl wir als auch der Sport noch eine Weile mit der Pandemie werden leben müssen.

Der Sport hat schon vieles auf den Weg gebracht. Zum Beispiel hat die Deutsche Sportjugend einen Stufenplan vorgestellt. Jetzt muss es allerdings um die Rahmenbedingungen gehen, die die Politik setzen muss, damit so etwas tatsächlich möglich gemacht werden kann.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Einen großen Teil der Ausschussdebatte über den Haushalt haben wir tatsächlich über die Frage „Machbarkeitsstudie Olympische und Paralympische Spiele“ und wie die gemacht werden muss, geführt. Es geht um Transparenz bei den Gesamtkosten. Dabei wiederum geht es dann eben nicht nur um das Spiele-Budget und das, wofür Herr Mronz dann verantwortlich zeichnen würde, sondern es geht um die Gesamtinvestitionssumme, die notwendig wäre, weil insbesondere die Infrastruktur, die der Durchführung nicht unmittelbar dient, für hohe Kosten bei den Olympischen Spielen entscheidend ist. Wir unterstützen deswegen das Ansinnen der SPD einer Machbarkeitsstudie in diesem Bereich.

Auch da würde ich aber gerne Herrn Nettekoven aufgreifen, der gesagt hat, man müsste irgendwie starten. Ich glaube allerdings, dass es nicht reicht, wenn sich die Koalition und die Regierung permanent darüber freuen, dass wir uns möglicherweise bewerben könnten. Wenn Sie nicht bald ein vernünftiges

Konzept vorlegen, befürchte ich, dass wir nicht loslaufen werden, sondern dann Sie werden in den Startlöchern steckenbleiben. Herr Nettekoven, ich glaube nicht, dass es das ist, was wir wollen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir können auch durchaus dem Ansinnen der SPD etwas abgewinnen, was die Frage der Vorziehung der Mittel für die Sportstättenförderung anbelangt. Das kann ein Beitrag zur Konjunkturförderung sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf den großen Punkt der Bäder hinweisen. Wir müssen gemeinsam mit dem Bund einen Masterplan „Bäder“ auf den Weg bringen. Die Kommunalministerin hat in der letzten Sportausschusssitzung darauf hingewiesen, dass sie aus Städtebaufördermitteln im Grunde genommen mehr für die Bäderinfrastruktur getan hat, als über das Bundesprogramm getan werden konnte. Aus meiner Sicht kann das so nicht richtig sein.

Wir müssen schauen, wie wir unsere Bäderinfrastruktur wieder fit machen. Die Bäder dürfen nicht baden gehen. Es sind wichtige Orte der Begegnung, wichtige kommunale Orte. Da dürfen wir insbesondere in solch schweren Zeiten die Kommunen nicht alleine lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Terhaag.

Andreas Terhaag (FDP): Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sport ist wichtig; das haben die Vorredner alle richtig festgestellt. Gerade in diesem Jahr, in dem unser normales Leben mit unseren Freizeitbeschäftigungen praktisch stillsteht, wird uns diese Bedeutung erst recht bewusst. Sport spielt innerhalb unserer Gesellschaft eine feste Rolle. Er ist wichtig für die körperliche und seelische Gesundheit, stärkt das soziale Leben und muss deshalb unbedingt gefördert werden.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Sportland, und wir wollen diese Position trotz der Krise beibehalten und ausbauen. Wir sind überzeugt, dass Investitionen im Sport allen Bürgerinnen und Bürgern spürbar zugutekommen werden. Das schafft Vertrauen und stärkt den organisierten Sport in der Krise.

Wir haben deshalb in der Krise ein funktionstüchtiges Sicherungsnetz aus einem ganzen Bündel von Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Für diese unkomplizierte Zusammenarbeit bei unseren Hilfspaketen für den Sport und den dauerhaften Einsatz der Abteilung Sport mit unserer Staatssekretärin Andrea Miltz möchte ich mich an dieser Stelle unbedingt bedanken.

(Beifall von Jörn Freynick [FDP] – Vereinzelt
Beifall von der CDU)

Durch diese ziel- und sachorientierte Zusammenarbeit können wir konkrete schnelle Hilfe und Unterstützung für unsere Sportvereine leisten. Und das hat momentan allerhöchste Priorität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das kommende Jahr 2021 wird ein besonderes werden, da man davon ausgehen kann, dass es auch weiterhin von der Coronapandemie gekennzeichnet sein wird. Unserer Fraktion ist wichtig, einerseits das Zerschlagen unserer Sportstrukturen zu verhindern und andererseits gleichzeitig wieder in den Normalbetrieb zu kommen.

Unser aller Ziel sollte es sein, so schnell wie möglich, aber so wie von den Umständen geboten in den Sportalltag zurückzukehren. Insofern freue ich mich, dass der Ministerpräsident in seiner gestrigen Rede explizit festgestellt hat, dass der Jugendsport bei sinkenden Infektionszahlen als einer der ersten Bereiche mit Lockerungen rechnen darf.

(Beifall von Jörn Freynick [FDP] und der CDU)

Perspektivisch müssen wir wieder auf das gewohnte Angebot im Breiten- wie im Leistungssport kommen, also Freude und Spaß an Bewegung und Sport, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen durch Bewegung, Prävention und Rehabilitation durch Sport. Für dieses Ziel nehmen wir im Haushaltsplan 2021 mehr Geld, insgesamt rund 22 Millionen Euro, als in diesem Jahr in die Hand. Damit schaffen wir Zuverlässigkeit, Perspektiven und Begeisterung für Sport und Bewegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Paul hat es ja gerade erwähnt: Viele große und wichtige Sportveranstaltungen sind in diesem Jahr ausgefallen. Ich zähle sie jetzt gar nicht mehr auf. Umso wichtiger ist es, künftig stattfindende herausragende Sportevents anzuwerben und auszurichten.

Deshalb liegt im kommenden Jahr ein finanzieller Fokus mit rund 10 Millionen Euro auf dem Bereich sportliche Großveranstaltungen. Wir haben zum Beispiel zwei ganz große Highlights in greifbarer Nähe; das ist auch schon erwähnt worden. Zum einen stehen wir kurz vor dem Zuschlag für die Sommeruniversiade Rhein/Ruhr 2025, zum anderen haben wir echte Chancen – auch das ist schon erwähnt worden – auf eine erfolgreiche Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032.

Bisher – das hat der Kollege Bischof auch schon erläutert – ist es eine Privatinitiative, die wir als FDP-Landtagsfraktion befürworten und unterstützen. Aber der alljährlichen Forderung der SPD nach einer staatlichen Machbarkeitsstudie – diese hat sie in einem Änderungsantrag erhoben – stehen wir insoweit kritisch gegenüber, als sie zur Unzeit gestellt wird.

Solange sich der Deutsche Olympische Sportbund als Entscheidungsträger nicht zu einer Olympiabewerbung bekennt und diese offiziell unterstützt, wird mit jeder öffentlichen Studie unnötig Steuergeld verbrannt. Das entspricht nicht den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der NRW-Koalition.

Das gilt im Übrigen auch für die von der SPD aus der Luft gegriffenen Kalkulationskosten in Höhe von 4 Millionen Euro für die Durchführung einer Bürgerbefragung anlässlich der Bewerbungsinitiative. Deshalb appelliere ich an die Sportkollegen der SPD-Fraktion, bei diesem Thema doch bitte wieder zur konstruktiven Sachlichkeit zurückzukehren.

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU])

Lassen Sie uns, wie wir es gewohnt sind, gemeinsam ein einzigartiges Olympia von jedem Gigantismus befreit in einem neuen, modernen, innovativen und nachhaltigen Konzept unter dem Motto „Olympia für und mit den Bürgern“ schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser in diesem Jahr gestartetes Landesprogramm „Moderne Sportstätte“ ist bei den Sportvereinen auf größtes Interesse gestoßen. Um dem Ansturm gerecht zu werden, haben wir daher zusätzliche 10 Millionen Euro Fördersumme auf das nächste Jahr vorgezogen, so dass im kommenden Jahr der Fördertopf stolze 90 Millionen Euro beträgt. Insofern, Herr Bischof, sind wir Ihrem Antrag quasi vorausgeeilt. Von daher überlegen Sie sich mal, ob Sie diesen noch stellen wollen.

Mit der ersten Ergänzungsvorlage zum Haushalt ist nun klar, dass unsere Destinatäre aus den Glücksspielerlösen sich nach sechs Jahren Stillstand ab nächstem Jahr über deutlich mehr Geld freuen können. Künftig steht allen ein Finanztopf von 100 Millionen Euro zur Verfügung. Der Sport erhält dabei mit rund 5 Millionen Euro einen großen Teil. So kann der Landesportbund mit über 4 Millionen Euro zusätzlich kalkulieren. Auch die Sportstiftung NRW darf sich über rund eine halbe Million Euro Mehreinnahmen freuen. Somit stehen stolze 4,4 Millionen Euro für die Individualförderung von Sportlerinnen und Sportlern und für den paralympischen Zweig in der Sportstiftung zur Verfügung.

Zusammenfassend halte ich fest, dass der kontinuierlich aufwachsende Sporthaushalt im kommenden Jahr erneut einen Ausdruck unserer Wertschätzung gegenüber dem Sport darstellt und dessen hohen Stellenwert in der Koalition unterstreicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Keith.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Herr Nettekoven von der CDU sprach vor einem Jahr davon, dass der Sport in NRW den frischen Rückenwind aus Düsseldorf spüre. Herr Terhaag von der FDP prophezeite – Zitat – „ein weiteres gutes Jahr für den Sport“.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Heute stellen wir fest, die Coronapolitik Ihrer Regierungsparteien hat den Sportlern den Wind komplett aus den Segeln genommen. Meine Damen und Herren, 2020 war ein ganz schwarzes Jahr auch für den Sport. Bei den Vereinen herrscht Stillstand und viele Fitnessstudios stehen vor der Insolvenz – und das trotz erheblicher Investitionen der Betreiber in Hygienekonzepte und Luftfilteranlagen. Wie viele Lockdowns und Rettungsschirme sind eigentlich noch notwendig, damit Sie erkennen können, dass man die Pandemie mit dieser Art von Beschränkungen und Verboten im Bereich Sport schlichtweg nicht ausmerzen kann?

(Vereinzelt Beifall von der AfD)

Beenden Sie diese sinnlosen Maßnahmen und den unnötigen Stillstand. Bringen Sie endlich wieder Bewegung in den Sport.

Kommen wir zu Ihren Olympiaträumen. Schade, dass der Ministerpräsident nicht da ist. Ich habe es im Jahr 2018 zu ihm gesagt, ich habe es im Jahr 2019 gesagt und ich sage es Ihnen heute erneut: Im Hinblick auf die Olympiabewerbung für 2032 muss im Rahmen einer Studie festgestellt werden, wie viele Sportanlagen in Nordrhein-Westfalen existieren und in welchem Zustand sie sich befinden. Erst das würde eine seriöse, transparente und realistische Planung für eine Bewerbung um die Spiele ermöglichen.

Die Verbände fordern es, wir fordern es und Sie, Sie ignorieren es. Fürchten Sie etwa die Ergebnisse einer solchen Studie? Oder fürchten Sie die Meinung der Bürger, die solche Großereignisse letztendlich finanzieren müssen?

Sie behaupten doch aber, das Interesse an der Olympiabewerbung käme aus der Mitte der Gesellschaft. Wann haben Sie denn vor, die Mitte der Gesellschaft, also die Bürger Nordrhein-Westfalens, zu fragen? Wir haben am 14. November 2019 in einem Entschließungsantrag gefordert, die rechtlichen Grundlagen für eine solche Befragung zu schaffen. Die Gesellschaft besteht nämlich nicht nur aus den Oberbürgermeistern, den Vertretern aus Politik und Wirtschaft, der Hochfinanz und einem Sporteventmanager.

Nicht erst seit den gescheiterten Olympiabewerbungen von München und Hamburg und der ausufernden Korruption rund um die Spiele in Rio de Janeiro wissen wir, dass fast niemand mehr Vertrauen in das

Internationale Olympische Komitee hat. Und nein, die Bürger in Hamburg und München haben sich nicht gegen den Sport entschieden, sondern gegen die horrenden Kosten, gegen die intransparenten Vergabekriterien und gegen die Profitgier des IOC.

(Beifall von der AfD)

Ich bitte Sie: Schaffen Sie bei uns endlich die rechtlichen Möglichkeiten für eine Volksbefragung, damit die Bewerbung auch wirklich von allen Menschen in unserem Land getragen werden kann.

Knapp 174 Millionen Euro – diese Summe veranschlagen Sie für das kommende Jahr für den Sport und das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen. Rund 34 Millionen Euro fließen an den Landesportbund, ca. 9,7 Millionen Euro wurden für die Förderung von Sportgroßveranstaltungen eingestellt. Etwa 90 Millionen Euro fließen in das Landesprogramm „Moderne Sportstätte“.

Zum Vergleich: Der Investitions- und Sanierungsstau für die gesamte Sportinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen beträgt je nach Gutachten zwischen 2,5 und 4 Milliarden Euro. Ein Beispiel: Allein die geplante Sanierung des Gruga-Bades im hochverschuldeten CDU-geführten Essen könnte bis zu 70 Millionen Euro kosten. Und Gruga-Bäder gibt es leider viele in NRW.

Ja, das Programm „Moderne Sportstätte“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die veranschlagte Summe von 300 Millionen Euro wird nicht ausreichen, um unsere teils marode Sportinfrastruktur nachhaltig zu modernisieren. Die Investitionen dieser Legislaturperiode werden die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte nicht wettmachen und auch den Sanierungsstau nicht bewältigen können.

Gern möchte ich an den 1959 entwickelten Goldenen Plan erinnern, einen 15-Jahres-Plan, der zur Wiederherstellung der Sportstätteninfrastruktur in Deutschland mit einem Investitionsvolumen von 17,4 Milliarden DM aufgelegt wurde. Wir brauchen jetzt ein ähnliches langfristiges und tragfähiges Sanierungskonzept für NRW, ein Konzept, von dem im Gegensatz zu Olympia wirklich alle Menschen in Nordrhein-Westfalen profitieren können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keith. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Heinen-Esser in Stellvertretung für Herrn Ministerpräsidenten Laschet.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung unterstützt den Breitensport, den Profisport, die Sportvereine, die Sportverbände,

die Sportlerinnen und Sportler und die im Sport Engagierten bei der Bewältigung der Krise mit schnellen und unbürokratischen Hilfen. Mit Blick auf den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 können die Sportorganisationen darauf vertrauen, dass wir diesen Weg weiter fortsetzen.

Das ist auch deshalb besonders wichtig, weil die Situation für viele Sportlerinnen und Sportler im Augenblick ausgesprochen schwierig ist. Fast alle meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon gesagt. Es ist eben etwas anderes, wenn ich alleine bei mir im Wohnzimmer ein Athletiktraining mit Zoom mache oder als Jugendlicher alleine durch den Park jogge. Es fehlt das Gemeinschaftsgefühl, es fehlt die Freude am Wettkampf. Den Sportlerinnen und Sportlern in Nordrhein-Westfalen muss man auch einmal ein ordentliches Dankeschön dafür sagen, dass sie diesen Kurs, der in der Coronazeit notwendig ist, mittragen und ihn aktiv mit vielen Ideen wie zum Beispiel der Landessportbund unterstützen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Josefine Paul [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir schaffen mit dem Haushaltsentwurf die Basis dafür, gemeinsam mit unseren Partnern diejenigen Vorhaben nachholen zu können, die pandemiebedingt nicht oder nicht wie geplant durchgeführt werden konnten. Wir halten unseren Kurs und sorgen bei der Förderung der Sportentwicklung für weitere Kontinuität. Wir schaffen Vertrauen und sorgen – das ist auch besonders wichtig – für Zuversicht.

Pandemiebedingt – das wurde auch schon gesagt – mussten in diesem Jahr viele Veranstaltungen ausfallen oder verschoben werden. Die Finals Rhein-Ruhr 2020 sind ein prominentes Beispiel. In allen diesen Fällen haben wir aber an unseren Förderzusagen festgehalten und auch bei Absagen von Veranstaltungen Ausgaben als förderfähig anerkannt. So konnten wir den Sportvereinen und -verbänden, den Kommunen und den Sportstättenbetreibern verlässlich helfen. Deshalb wird der gute Ruf, den Nordrhein-Westfalen für bedeutsame Sportveranstaltungen national und international hat, auch in dieser Krise verfestigt und weiter ausgebaut. Natürlich hoffen wir alle, dass im Jahr 2021 wieder die Möglichkeit gegeben ist, unser Sportland Nordrhein-Westfalen tatsächlich von seiner allerbesten Seite zu zeigen.

Eigentlich ist mit den Finals 2021, mit den Ruhr Games, mit der Parakanu- und Kanu-Europameisterschaft, mit dem Basket Ball Final Four oder mit den Deutschen Meisterschaften in der Hallenleichtathletik ein großartiges Sportjahr zu erwarten. Es gibt viele schöne Ereignisse im Jahr 2021, auf die wir uns in Nordrhein-Westfalen auch freuen können.

Der Haushaltsplanentwurf sieht neben den Ansätzen zur Förderung der genannten herausragenden Veranstaltungen auch zusätzliche Mittel für die Vor-

bereitung auf die Universiade 2025 vor. Wir sind zuversichtlich und auch ein bisschen optimistisch, dass wir den internationalen Hochschulsportverband davon überzeugen können, dass Rhein-Ruhr die besten Voraussetzungen für erfolgreiche World University Games bietet. Die weltweit zweitgrößte Multi-sportveranstaltung wäre eine herausragende Visitenkarte für das Sportland Nordrhein-Westfalen und ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu den Olympischen und den Paralympischen Spielen.

Meine Damen und Herren, die Attraktivität des Sportlandes Nordrhein-Westfalen wird auch an seinen Sportstätten gemessen. Eine gute Infrastruktur ist zwingende Voraussetzung für eine zukunftsfeste Sportentwicklung. Deshalb werden wir den Sport weiterhin dabei unterstützen, seine Sportanlagen zeitgemäß zu modernisieren. Das Landesprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ ist hierbei ein voller Erfolg und erfährt im Sport große Resonanz. Wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, sollen hier die Ausgaben um 10 Millionen auf 90 Millionen Euro erhöht werden.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle muss man Sportstaatssekretärin Andrea Miltz ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie engagiert sich wirklich unglaublich für den Sport. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich die Listen von Sportstätten oder Sportplätzen lese, die wieder eine Chance haben, wichtige Infrastrukturmaßnahmen oder Erneuerungsmaßnahmen durchzuführen. Du treibst das als Sportstaatssekretärin alles voran und machst unser Land wirklich zum Sportland Nummer eins. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir hatten das Glück, dass die Erlöse aus den Glücksspielen sich erhöht haben. Davon profitiert auch der Sport. Der Landessportbund, die Sportschulen, der Fußballverband, die Sportstiftung NRW und das Deutsche Sport- und Olympiamuseum erfahren hierüber nochmals zusätzliche Unterstützung. Das ist in diesen schwierigen Zeiten ein besonderes Signal. Ich freue mich und hoffe, dass der Jugendsport – Herr Terhaag hat es schon erwähnt – eine Chance hat, möglichst zügig wieder starten zu können, wenn das Schlimmste der Pandemie vorbei ist. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil „d) Sport“ des Einzelplans 02

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Zuvor stimmen wir aber über drei Änderungsanträge ab, die ich jetzt aufrufe.

Der erste Änderungsantrag, über den wir abstimmen, kommt von der Fraktion der SPD, Drucksache 17/11933. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11933** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe den zweiten Änderungsantrag – ebenfalls von der Fraktion der SPD gestellt – Drucksache 17/11934 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Stimmenthaltungen sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11934** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe den dritten Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11935 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11935** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 02, den Haushalt des Ministerpräsidenten. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11902, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan selbst. Wer dem Einzelplan seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme noch einmal auf den Einzelplan 09 – Ministerium für Verkehr – zurück, über den wir vor der abstimmungsfreien Mittagszeit debattiert haben, über den wir aber nicht mehr abstimmen konnten. Die Hinweise kennen Sie. Sie erinnern sich auch an die Debatte, sodass ich sofort zur Abstimmung über den Einzelplan 09 übergehen kann.

Auch hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 17/11909, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Deshalb stimmen wir auch hier über den Einzelplan und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 09 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die

Enthaltungen sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir fahren in der Tagesordnung fort mit:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Auch hier liegt uns eine Beschlussempfehlung und ein Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Dieser Bericht trägt die Drucksachennummer 17/11914. Wir debattieren in drei Teilbereichen nämlich Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie Innovation und Digitalisierung.

Ich rufe den ersten Bereich auf:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage eines Haushalts, hier des Einzelplans 14, Wirtschaft, Energie und Landesplanung, zeigt auch immer eine Strategie der Landesregierung auf, nämlich die Art und Weise, wie sie dieses Politikfeld gestalten will. Sie hinterlegt das mit Summen.

Ich würde gerne mit Ihnen mal ein wenig schauen, was bisher mit diesen grundsätzlichen strategischen Ausrichtungen erreicht wurde.

Überdeckt wird dieses natürlich alles wie viele andere Politikfelder durch die Problematiken, die wir durch Corona haben. Deswegen möchte ich mit Ihnen überlegen, wie wir als nordrhein-westfälische Wirtschaft in das Jahr 2020 gegangen sind. Wenn man dann einen Blick auf die Industrie dieses Landes wirft, die ein Schwerpunkt der Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen ist, müssen wir feststellen, dass wir mit einem Minus von 1,9 % im Vergleich zu 2018 in dieses Jahr gegangen sind.

Lassen Sie uns einmal aus der Sicht der Wirtschaft die Situation in Nordrhein-Westfalen zur Jahreswende 2019/2020 genauer betrachten. Dazu empfehle ich die Konjunkturumfrage von METALL NRW zum Jahreswechsel, in der sehr deutlich wird, dass diese in vielen wirtschaftspolitischen Feldern negativ beurteilt wird. Ich kann feststellen, dass wir durchaus ein Stück weit als kranker Mann in dieses Krisenjahr gegangen sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einen für uns alle in den vergangenen 18 Monaten